

ZENTRALORGAN DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEIN: MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076. HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Freitag, 8. Juni 1934

Nr. 132

Ein neues Dollfuß-Opfer

Wien, 7. Juni. Heute hat der in Haft befindliche ehemalige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Rudolf P o s c h durch Erhängen Selbstmord verübt.

Die täglichen Bombenanschläge

Wien, 7. Juni. In dem bekannten Leopoldstädter Kaffeehaus „Bürstenhof“ ist gestern abends eine Bombe mit 7 bis 8 Kilogramm eines leicht brennbaren Stoffes niedergelegt und mittels einer automatischen Vorrichtung entzündet. Der entstandene Brand wurde durch die Hausbewohner gelöscht.

Gegen die Wohnung des Detektivs Seifert in Stein bei Magerfurt wurden vorgestern zahlreiche Revolvergeschosse abgefeuert, die jedoch niemanden trafen. In der Wohnung wurden später 19 Projektile gefunden. Es handelt sich um einen politischen Anschlag gegen den Beamten, der besonders gegen die Nationalsozialisten tätig war.

In der Nacht auf heute wurde auf das Gelände des christlichen Turnvereines in Salzburg ein Sprenganschlag verübt, durch den ein Schaden von 5000 Schilling verursacht worden ist. Kurz nach diesem Vorfall wurde auch ein auf dem Rölling-Sportplatz befindliches Holzgebäude durch die Explosion eines Sprengkörpers schwer beschädigt. Der Sachschaden beträgt ungefähr 4000 Schilling.

Aus Anlaß dieser Sprenganschläge wurde eine Anzahl von Nationalsozialisten in das Konzentrationslager abgegeben.

Die Habsburger werden immer frecher!

Wien, 7. Juni. Auf dem Delegiertentag des Reichsbundes der Oesterreicher in Linz, an dem 50 Delegierte aus Oberösterreich versammelt waren, hat der hiebei erschienene ehemalige Erzherzog und Generaloberst Josef Ferdinand Habsburg die Vereinnahmung kundgetan, das Protektorat über den oberösterreichischen Landesverband des Reichsbundes der Oesterreicher zu übernehmen, was „mit stürmischem Beifall“ aufgenommen wurde. Die neugewählte Landesleitung hat gleich aus ihrer ersten Sitzung eine Kundgebungsadresse an Otto Habsburg geschickt.

„Arbeiter-Zeitung“ — die verbreitetste politische Zeitung Oesterreichs!

Wie der DND aus Wien erfährt, ist die in Brünn erscheinende, in Oesterreich von der Regierung Dollfuß verbotene „Arbeiter-Zeitung“ in Wien und im übrigen Oesterreich in Masse verbreitet. Während in Oesterreich ein stiller, aber umso wirksamer Boykott gegen alle Zeitungen eingeleitet hat, die kein offenes Wort zu schreiben wagen und nicht einmal über die Vorfälle in Oesterreich berichten dürfen, steigt die Auflage der verbotenen „Arbeiter-Zeitung“ ununterbrochen. Die Auflage der illegalen „Arbeiter-Zeitung“ hat die legale Auflage der früher in Wien erschienenen „Arbeiter-Zeitung“ beinahe erreicht. Die illegale „Arbeiter-Zeitung“ ist die verbreitetste politische Zeitung in Oesterreich — und das trotz dem faschistischen Terror, der jeden Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ mit mehrmonatigen und jeden Leser, bei dem ein Exemplar der „Arbeiter-Zeitung“ gefunden wird, mit mehrwöchigem Polizeiarrest bestraft. Außer der wöchentlich erscheinenden „AZ“ werden jede Woche hunderttausende Flugzettel verteilt. Auch die wiedererscheinende Monatschrift der österreichischen Sozialdemokratie „Der Kampf“ kommt in vielen hundert Exemplaren nach Oesterreich. Auch seine Auflage ist schon wieder beinahe so groß wie vor den Feuertämpfen.

Mißglückter Militärputsch in Komno

Ex-Diktator Woldemaras verhaftet, Generalstabschef entlassen

Komno, 7. Juni. Heute nacht haben sich in den Straßen Komnos mysteriöse Dinge ereignet. Nach einer ersten amtlichen Mitteilung habe es sich nur um einen „Probearm“ der Garnison gehandelt, bei dem es durch „Missverständnisse“ zwischen einzelnen Truppenteilen zu kleineren Schikereien gekommen sei.

Später bequimte sich der amtliche Nachrichtendienst doch zu der Mitteilung, es habe sich herausgestellt, daß eine Gruppe von Offizieren unter der Leitung des Alarmzustandes „einen Druck auf die Obrigkeit der Republik“ in der Richtung auszuüben versuchte, daß die jetzige Regierung zugunsten einer von W o l d e m a r a s zu bildenden Regierung umgewandelt werde. Nachdem der Staatspräsident derartige Versuche auch nur zu erörtern entschieden abgelehnt hätte, trat der Chef des Generalstabes, Generalleutnant Kubiliunas, zurück. Sein Rücktritt wurde angenommen und bereits ein Nachfolger ernannt.

In einer allgemein verständlichen Sprache überseht, heißt das, daß ein Teil der Garnison unter Führung oder mindestens Duldung des Generalstabschefs den früheren Diktator Woldemaras wieder einsetzen wollte, aber von regierungstreuen Truppen bald wieder zur Vernunft gebracht wurde.

Woldemaras, der von einem Fliegeroffizier schon am frühen Morgen in einem Flugzeug aus seinem ständigen Verbannungsort nach Kaunas gebracht worden war, wurde nach einigen Stunden Aufenthalt im Bezirk der Militärflieger gegen 13½ Uhr von den Fliegeroffizieren selbst dem Generalstab und von diesem den Organen der Staatssicherheitspolizei übergeben. Er befindet sich zur Zeit zu deren Verfügung. Im ganzen Lande und in allen Kasernen herrscht nach einer amtlichen Meldung vollkommene Ruhe und Disziplin. Von den Beteiligten an dem „undisziplinierten Auftritt“ sind sieben verhaftet worden. Einige halten sich noch verborgen.

Demokratie gegen Korruption

Es sind erst wenige Wochen, seitdem Genosse Dr. Gzech das Ministerium für öffentliche Arbeiten übernommen hat und schon spürt man, daß eine starke und sichere Hand das Ministerium, das für die verschiedenen Gebiete des staatlichen Lebens, insbesondere auch für die öffentlichen Lieferungen von Bedeutung ist, leitet. Die Effektivität hat es niemals gerne gesehen, daß einzelne Beamte dieses Ministeriums in den Leitungen verschiedener Unternehmungen sitzen und so die Interessen von Beamten dieses Ministeriums mit denen von Privatunternehmungen verknüpft werden. Allerdings sind darunter Unternehmungen, an denen der Staat ein Interesse hat. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat nun angeordnet, daß Beamte des Ministeriums in der Regel nur einem Verwaltungsrat angehören dürfen und nur solcher Unternehmungen, die der Aufsicht des Ministeriums unterstehen, wo also diese Beamten das Ministerium vertreten. Dadurch wird sicherlich manchem Uebelstand abgeholfen werden.

Noch wichtiger ist allerdings das Bemühen des Ministeriums, bei Vergabe von öffentlichen Lieferungen jeden Mißbrauch zu hintertreiben. Im Senat wurde gestern das Gesetz beraten, welches die Regierung über Anregung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten diesbezüglich vorgelegt hat. Bei diesem Gesetz handelt es sich vor allem darum, die Mißbräuche zu beseitigen, die bei sogenannten Deckofferten entstanden sind. Es hat sich nämlich die Gewohnheit eingestellt, daß sich die Offerenten über ihre Leistung, insbesondere über den zu erstellenden Preis einigen und daß derjenige den niedrigsten Preis anbietet, der nach einer Vereinbarung, welche die Offerenten untereinander treffen, die Lieferung erhalten soll. Die anderen bekommen dann irgendeine Geldentschädigung. Dieser Betrag, der folgerichtig am Staate verübt und nicht nur einmal verübt wurde, soll nun abgestellt werden. Deswegen bestimmt das Gesetz im Paragraphen zwei, daß, wer anderen einen materiellen Vorteil dadurch gewährt, daß er von der Teilnahme bei einem öffentlichen Wettbewerb zurücktritt oder daß er sich in bestimmter Weise an einem Offertverfahren beteiligt, bestraft wird, und zwar in der Dauer von acht Tagen bis zu einem Jahre und wenn der Schaden größer ist als 20.000 Kč bis zu fünf Jahren. Außerdem sind Geldstrafen bis zu 500.000 Kč vorgesehen.

Man müßte nun glauben, daß ein solcher Gesetzentwurf auf allgemeine Zustimmung stoßen werde, insbesondere auch bei jenen anständigen Offerenten, die doch durch Methoden, wie sie bei derartigen Deckofferten üblich sind, schwer geschädigt werden, und daß also die Lieferanten und ihre Organisationen ein Interesse daran haben, Ordnung und Reinheit in das staatliche Lieferungswesen zu bringen. Wer das aber glaubt, kennt nicht — den Industriellenverband. Der Verband der tschechoslowakischen Industriellen hat an die Parlamentarier eine Denkschrift gerichtet, worin er sich gegen den Gesetzentwurf wendet. Die Argumente, die in dieser Denkschrift vorgebracht werden, sind so wenig durchschlagend, daß es sich dem Verfasser um nicht anders handeln konnte, als darum, eine strenge Bestrafung betrügerischer Offerenten zu verhindern. So wird gesagt, daß man bei Vorfälle eines solchen Gesetzes sagen müßte, in welchem Umfang Unregelmäßigkeiten bei öffentlichen Lieferungen vorgekommen sind und welchen Schaden der Staat dadurch erlitten hat. Als ob das Ministerium für öffentliche Arbeiten von allen Betrügereien, die man an ihm ver-

Tschechoslowakei für Arbeitszeitverkürzung

Rede des Regierungsdelegierten in Genf für eine internationale Konvention betreffend die Vierzigstundenwoche

Genf, 7. Juni. (Tsch. S. B.) Die Internationale Arbeitskonferenz hielt heute Vormittag die allgemeine Debatte über die Kürzung der Arbeitszeit fort. Der Delegierte der australischen Arbeitgeber A c d o n a I d machte auf die Erfahrungen Australiens aufmerksam, wo z. B. in den Kohlengruben die Arbeitszeit gekürzt wurde und das Ergebnis eine um 20 Prozent größere Arbeitslosigkeit sei. Für jeden Staat müßte ein anderes Arbeitsregime gewählt werden. Der englische Arbeitervertreter H a y d e y kritisierte das Vorgehen der englischen Regierung, der er vorwarf, daß sie durch Ablehnung der Arbeitszeitverkürzung die Negation der internationalen Zusammenarbeit verwirklichte. Die englischen Arbeiter sind für Arbeitszeitverkürzung, werden aber nie eine Lohnreduktion, und damit eine Herabsetzung des Lebensniveaus annehmen. Der Vertreter der französischen Arbeitgeber sprach sich in einer langen Rede gegen die Arbeitszeitverkürzung aus und erklärte sie als eine Maßnahme, die vollkommen dem Sinn der Wirtschaft widerspricht. Namens der tschechoslowakischen Regierung sprach Dr. P r a b l e c, der im wesentlichen ausführte: Die tschechoslowakische Regierungsdlegation wird für den Antrag des Abkommens der Kürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich stimmen.

Die tschechoslowakische Regierung ist der Ansicht, daß die Arbeitszeitverkürzung eines

der Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ist.

Die Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig in der ganzen Welt das größte soziale Uebel. Die Nationalisierung hat die Zahl der Arbeitslosen erhöht und hat nicht genügend auf den menschlichen Faktor in der Produktion und im Wirtschaftsleben Rücksicht genommen. Die tschechoslowakische Regierung wünscht und ist bemüht, die größte Zahl der Arbeitslosen in den Gang der Produktion wieder einzuführen. Nach ihrer Überzeugung ist die Arbeitszeitverkürzung eines der wirksamsten Mittel zur Reduktion der Arbeitslosigkeit. Deshalb wird die tschechoslowakische Regierungsdlegation

für den Antrag einer Konvention betreffend die Kürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich stimmen.

Aus den angeführten Gründen werden die tschechoslowakischen Regierungsdelegierten auch für die von der Arbeitergruppe der Konferenz unterbreitete Resolution stimmen, daß nämlich der vom Internationalen Arbeitsamt ausgearbeitete Bericht zur Grundlage der Verhandlungen der entsprechenden Kommission genommen werde, die sofort gebildet werden müsse und die das Abkommen über die Arbeitszeitverkürzung vorbereiten soll.

Der Arbeitszeitentwurf einer Sonderkommission zugewiesen

Genf, 7. Juni. Die Internationale Arbeitskonferenz hat heute nachmittags die allgemeine Debatte über die Kürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche beendet.

Der englische Regierungsdelegierte L e g g e t sprach sich gegen die Kürzung der Arbeitszeit aus und erklärte, die englische Regierung sehe es heute nicht als opportun an, das Abkommen über die 40-Stunden-Woche zu unterzeichnen. In England könnte diese Konvention nicht ohne gleichzeitige Lohnherabsetzungen durchgesetzt werden. Der italienische Delegierte M i c h e l i s hielt eine warme Verteidigungssprache für das Abkommen.

M e r t e n s, der belgische Arbeiterdelegierte, betonte die Notwendigkeit der Annahme der 40-Stunden-Arbeitswoche als Teilmöglichkeit für alle Arbeiter, an der Bildung von Reichümern nicht für die Einzelpersonen, sondern für die ganze Menschheit teilzunehmen.

Hierauf wurde über eine Resolution folgenden Wortlautes abgestimmt:

„Die Konferenz hat beschlossen, als Debattegrundlage den Vertrag und den Abkommensentwurf, der vom Internationalen Arbeitsamt über die Herabsetzung der Arbeitszeit ausgearbeitet wurde, anzunehmen und diese einer Sonderkommission mit dem Ersuchen um Berichterstattung in dieser Frage zu übergeben.“

71 Delegierte sprachen sich für die Annahme der Resolution aus, darunter drei tschechoslowakische Delegierte, u. zw. die beiden Regierungsdelegierten und der Arbeiterdelegierte Abg. Brodetsch. 22 Delegierte, hievon für die Tschechoslowakei Dr. P a n e l als Arbeitgebervertreter lehnten den Resolutionsantrag ab. Damit gilt die Resolution als angenommen.

Bernasek nicht mehr in Deutschland

Der Führer des oberösterreichischen Republikanischen Schutzbundes und sozialdemokratische Landessekretär Richard Bernasek, mit dessen Verhaftung am 12. Februar die Kämpfe in Oesterreich begonnen haben, ist bekanntlich zu Ostern in Begleitung vier anderer Gefangener und eines nationalsozialistischen Justizwachebeamten aus dem Linzer Landesgericht geflüchtet. Diese Flucht hat großes Aufsehen erregt. Es gelang den Flüchtlingen, über die deutsche Grenze zu kommen. Bernasek blieb zunächst in München. Dies gab zu allerlei Gerüchten Anlass, daß er sich zum Nationalsozialismus bekehrt habe. Er selbst ist vom Anfang an solchen Deutungen energisch entgegengetreten. Nunmehr hat Richard Bernasek Deutschland am 30. Mai verlassen.

sucht hat, auch unbedingt erfahren haben müßte! Es wird weiter gesagt, daß die Lieferanten durch das Gesetz in den Augen der übrigen Bevölkerung herabgesetzt werden, was ungefähr den Wert hat, als ob jemand behaupten würde, daß Diebe und Mörder durch die Gesetze, die ihre Bestrafung vorsehen, in den Augen der Bevölkerung herabgesetzt werden. Sogar das Vorgehen bei den Dekofferten wird verteidigt und gesagt, daß bei diesen Dekofferten, „soweit sie vorkommen, es sich nur um die Regelung der Aufstellung der Lieferungen unter einzelnen Lieferanten handelt“. Daß der Industriellenverband sich dazu hergibt, einen derartigen Mißbrauch, bei dem der Staat geschädigt wird, zu verteidigen, gehört wohl zu den ärgsten Entgleisungen, welche sich eine Wirtschaftsorganisation in der Tschechoslowakei je hat zuschulden kommen lassen. Die Denkschrift des Industriellenverbandes schließt damit, daß die bisherigen Vorschriften über das öffentliche Lieferungsweesen genügend sind und daß es eines neuen Gesetzes nicht bedarf.

Wir wollen diese Ausführungen des Industriellenverbandes, die ihresgleichen suchen, nicht vorübergehen lassen, ohne einige nützliche, im gegenwärtigen Augenblick besonders wertvolle Lehren und Erkenntnisse daraus zu ziehen. In der letzten Zeit ist es Mode geworden, den Ausweg aus der schwierigen wirtschaftlichen Situation des Landes in der Einsetzung eines Wirtschaftsparlaments zu sehen, einer Versammlung von sogenannten Fachleuten, welche das entscheidende Wort in allen Wirtschaftsfragen sprechen und dadurch das demokratische Parlament um einen Teil seines Einflusses und seiner Kompetenz bringen sollen. Wie dieses Wirtschaftsparlament zusammengesetzt wäre, weiß man ja aus der schon bestehenden Einrichtung des Wirtschaftsbeirates, in welchem in der ersten Gruppe die Vertreter der Unternehmer, also auch des Industriellenverbandes sitzen und man weiß auch, welchen Einfluß der Industriellenverband in dieser Korporation hat. Das wären also diejenigen, welche in dem Wirtschaftsparlament das große Wort führen würden, diejenigen, welche die Mißbräuche,

die bei öffentlichen Lieferungen getrieben werden, verteidigen, indem sie sich gegen ein Gesetz wenden, welches mit diesen Mißbräuchen aufräumt und welches verhindern soll, daß der Staat um Milliarden geschädigt wird.

Gerade bei der Beratung des in Rede stehenden Gesetzes im Senate und gerade dadurch, daß der Industriellenverband es für nötig gehalten hat, die Parlamentarier über seine Auffassung zu informieren, zeigt es sich, wie unsinnig die Reden über die „Korrup-tion“

Versucht man die Verteidigung der Korruption?

Industriellenverband gegen Arbeitsministerium

Prag, 7. Juni. Im Senat wurde heute die Regierungsvorlage gegen Blachenschaften bei der Vergebung öffentlicher Lieferungen und Arbeiten angenommen. Dabei griff Genosse Dr. Heller in die Debatte ein, um sich mit einer Denkschrift des Industriellenverbandes zu beschäftigen, die allerhand über die dort herrschende Auffassung von Geschäftsmoral durchblenden läßt.

Genosse Dr. Heller führte u. a. aus:

In unser allergrößten Ueberraschung mußten wir sehen, daß es eine Korporation gibt, die offenbar nicht geneigt ist, dem Staate die Mittel an die Hand zu geben, um die Korruption zu bekämpfen.

Das ist der Verband der Industriellen, der uns mit einer beinahe 20 Seiten langen Denkschrift bedacht hat, in der er mit aller Schärfe gegen das Gesetz Stellung nimmt

und sich nicht scheut, direkte Unwahrheiten und Dinge anzuführen, die mit dem Gesetz gar nichts zu tun haben. Ich rüchelte auf die Würze der Redezeit muß ich mich darauf beschränken, nur an Beispielen anzuführen, in welcher Weise der Verband der Industriellen gegen das Gesetz polemisiert.

Seit wann diese Liebe für die Kleinbetriebe?

Er behauptet, daß durch diese Novelle unmöglich gemacht werden soll, daß mehrere — kleine — Unternehmer gemeinsam Offerte überreichen. Das wird aber durch diese Novelle überhaupt nicht getroffen. Auch in Zukunft werden sich mehrere Offerten vereinigen können, und wenn sie offen sagen, daß sie sich vereinigt haben, so hat das mit diesem Gesetze nichts mehr zu tun. Man versucht von Seiten des Industriellenverbandes, der im allgemeinen wahrhaftig nicht die Interessen der kleinen Unternehmer vertritt, die kleinen Unternehmer gegen das Gesetz aufzubringen, indem man dem Gesetze etwas unterzuehrt, was im Gesetze gar nicht drinnen steht.

Betrug am Staat ist kein Verbrechen?

Der Herr ist es überaus sonderbar, wenn sich diese Denkschrift des Industriellenverbandes auch damit befaßt, daß auf Betrug dieselbe Strafe gesetzt ist, die sonst im Falle eines Verbrechens festgesetzt wird. Ja, ist denn das, wenn mehrere Personen sich vereinigen und Dekofferte abgeben, damit an einen bestimmten Offerten die Lieferung vergeben werde und sie dafür die anderen, die nur Scheinofferte überreichen haben, bezahlen, nicht Betrug am Staat und soll dieser Betrug nicht ebenso, ja noch strenger bestraft werden als der Betrug an einer privaten Person? Es scheint, daß sich der Verband der Industriellen mit dem Betrug identifiziert, der dem Staate im Laufe der 15 Jahre hunderte Millionen gekostet hat. Wir nehmen diesen Standpunkt des Industriellenverbandes zur Kenntnis und es müssen ihn hauptsächlich die zur Kenntnis nehmen, die in letzter Zeit so eifrig plädieren haben, daß an Stelle des Senates ein W i r t

Demokratie sind. Es ist vielmehr ersichtlich, daß nur die Demokratie und kein Ständestaat und kein Wirtschaftsparlament geeignet ist, die Mißbräuche im öffentlichen Leben abzustellen. Die Demokratie bietet die einzige Möglichkeit mit der Korruption fertig zu werden und auf den Gebieten des öffentlichen Lebens die geltenden Gesetze des Staates und der Moral eingehalten.

schafftsparlament trete. Dort würden die Herren vom Industriellenverband sicherlich eine sehr große Rolle spielen.

Das wäre ein „Wirtschaftsparlament“!

Wir sehen, welche Elemente in einem solchen Wirtschaftsparlamente die ausschlaggebende Rolle spielen würden und die Herren haben und für unseren Standpunkt gegen dieses Wirtschaftsparlament mit ihrer Denkschrift eine sehr gute Waffe in die Hand gegeben.

Ich stelle mir Freuden fest, daß es im Ausschusse des Senates niemanden gegeben hat und ich hoffe, daß es auch in diesem Hause niemand geben wird, der sich dieser Denkschrift annehmen wird.

Kontrolle der Exekutive

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch eine weitere Sache berühren, mit der heute in der Öffentlichkeit häufig freiben gegangen wird, nämlich mit der strengen Scheidung zwischen Parlament und Exekutive.

die dem Parlamente jede Aufsicht über die Exekutive nehmen soll.

Ich glaube, daß gerade dieser Fall zeigt, daß das Parlament die Möglichkeit haben muß, die Handlungen der Exekutive zu überprüfen. Es ist kein Zweifel, daß sei jeder schon vor Bestand des Staates in der Bevölkerung großes Mißtrauen gegen die Art herrichte, wie staatliche Lieferungen vergeben werden. Hier handelt es sich nicht um Bagatellen und kleine Beträge, sondern um viele Hunderte von Millionen, in 15 Jahren um viele Milliarden, die der Staat und die öffentlichen Körperlichkeiten im Wege von Lieferungen vergeben haben.

Jetzt sind die Feinde der Arbeitslosen an der Reihe!

Das möchte ich wieder dem Industriellenverband sagen, der mit solcher Empfindung gegen die geradezu lächerlich kleine Unterstützung losgegangen ist, die unsere Arbeitslosen haben, dem es noch viel zu viel war, wenn einmal ein Rentner, der 100 oder 120 Kč Rente bezieht, von einem Gemeindevorsteher noch die Ernährungskarte bekommen hat.

Das haben die Industriellen als ein Verbrechen am Staat hingestellt. Aber sie unterstützen es, wenn es sich um einen Betrag am Staat handelt, der in viele, viele Millionen geht.

Das allgemeine Mißtrauen, von dem ich gesprochen habe, wird auch durch dieses Gesetz zweifellos nicht beseitigt werden. Korruption im Staate tritt nicht nur bei Lieferungen in Erscheinung, sondern auch in vielen anderen Beziehungen. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten ist gerade in letzter Zeit auch in einem anderen Falle eingeschritten.

Weitere Maßnahmen

(Es hat vor wenigen Tagen seinen Beamten verboten, mehr als eine oder höchstens zwei Verwaltungsratsstellen (in Unternehmen, welche vom Staat beauftragt werden) anzunehmen.)

Wir haben Fälle in unserer öffentlichen Verwaltung, wo ein Beamter zehn, zwölf und mehr Verwaltungsratsstellen innehat und daraus Hunderttausende Kronen an Bezügen zieht.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten versucht in höchst dankenswerter Weise diesen zweiseitigen unzulässigen und ungebührigen Zuständen ein Ende zu machen. Aber wenn wir daneben leben müssen, daß ein Sektionschef des Finanzministeriums in Pension geht — derselbe Herr, der den Beamten die Gehälter und Pensionen gekürzt hat — und daß er zu seiner gewöhnlich sehr ausreichenden Pension noch 20.000 Kč im Jahre dazu bekommt und kaum, daß er aus dem Amt heraus ist, eine Stelle im Verwaltungsrat einer großen Bank annimmt, dann kann das Vertrauen der Bevölkerung nicht gekürzt werden. Und dieser Fall war durchaus nicht vereinzelt. Ich will nicht von dem Sektionschef des Ministeriums für öffentliche Arbeiten sprechen, der bei Vergebung von Straßenbauten ein entscheidendes Wort zu sprechen hatte und kaum daß er in Pension gegangen ist bei derjenigen Firma, die diese Bauten in der Hauptstadt ausführt, schon angestellt wurde.

Bon Solaci bis Blasák zieht sich wie ein roter Faden durch unsere öffentliche Verwaltung die Tatsache, daß hohe Beamte aus dem öffentlichen Dienste ausscheiden und in private Dienste übertreten.

Es wäre dringend notwendig, daß auch hier Remedur geschaffen wird, wenn das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Staatsverwaltung gekürzt werden soll.

Unterstützt das Arbeitsministerium

Ich weiß, was kommen wird. Die Herrschaften, die sich durch die Tätigkeit des jetzigen Ministers für öffentliche Arbeiten in ihren Erwerbquellen bedroht fühlen, werden eine Treiberei einleiten, so wie es vorher im Ministerium für soziale Fürsorge der Fall war. Man wird soziale, man wird nationale Momente ins Treffen führen und es werden sich Bestellungen finden, welche diese Treiberlein und Speereien unterstützen werden. Man wird versuchen, dem Minister für öffentliche Arbeiten das Leben unmöglich zu machen.

Wir erklären hier, daß wir dem Minister für öffentliche Arbeiten für diesen Geschehenwurf und für die sonstigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption und der Ungehörigkeiten, die sich in unserer öffentlichen Verwaltung finden, den Dank aussprechen, daß wir ihn in seinem Bestreben unterstützen werden und wir hoffen, daß wir bei dieser Unterstützung die Teilnahme aller anderen Parteien, welche ernstlich die Korruption in diesem Staate bekämpfen wollen, finden werden. (Lebhafter Beifall.)

Die Vorlage wurde schließlich in beiden Lesungen genehmigt. Nächste Sitzung Dienstag, den 12. Juni, um 16 Uhr. Tagesordnung: Währungsgesetz und zwei kleinere Wirtschaftskabkommen.

Olympiade Prag Atusvereine, sendet die Fragebogen zur Olympiade ein!

Unsere Töchter, die Nazinen

Roman von Hermynia Zur Mühlen

„Sie sind ja ganz politisch geworden, Gräfin Agnes.“

Aber was hat Politik mit Menschlichkeit, mit Gerechtigkeit und Liebe zu schaffen? Ich bin nur ein Mensch, eine alte Frau, die vielleicht ein Leben hindurch gekümmert hat, indem sie sich von allem zurückzog. Nun aber möchte ich, trotz meiner siebzig Jahre, alles wieder gut machen, was ich gefehlt, möchte helfen, retten und möchte auch noch den Sturz der jetzigen Mächtigen erleben.

Es war für mich ein beglückendes Gefühl, als mein kleines Motorboot an der Schweizer Grenze anlegte und ich unseren braven Bürgermeister in Sicherheit wußte. Ich zitterte ja innerlich vor Angst, als Hellsdorf mit seinen Bravo's zu mir kam. Würden sie das kleine fensterlose Kämmerchen finden, vor dem der große alte Rahogonijährant stand? Wußte Claudia, daß ich den Bürgermeister verachtet hatte? Und wenn sie es wußte, was würde sie tun? Ich konnte mir ja nicht vorstellen, daß meine Tochter einen hilflosen alten Mann verraten könnte, aber wenn sie es dennoch getan hätte... Ich weiß auch nicht, ob sie die kleine Komödie durchschaut, die ich ihr seit Wochen vorspiele: die kranke, alte, zutodegeängstigte Frau, die um ihr Leben bangt. Es fällt mir nicht leicht, mich in diese Rolle zu finden, fühle ich mich doch stark und mutig wie eine junge Frau. Aber ich muß es tun, wenn mein Haus auch künftighin ein Zufluchtsort für Verfolgte sein soll. Auch dem guten Friß gegenüber habe ich diese Rolle gespielt, habe ihn erklart, ich fürchte mich so, er müsse mit seiner Frau und dem Kind

zu mir ziehen. So weiß ich, wenn ich abends das Gartenrot versperre, wenigstens, daß Friß in Sicherheit ist und nicht irgendwo tot auf der Straße liegt. Ich glaube, er hat ja meine Komödie durchschaut; ich fühle mich geehrt über das Vertrauen, das er mir bezeugt, weiß Gott, ich habe es nicht durch mein egoistisches Leben verdient. In all der Trauer und dem Entsetzen wußte ich neulich trotzdem herzlich lachen. Meine gute Kati besuchte mich. Wir sprachen über dieses und jenes und plötzlich sah ich auf ihrem Gesicht einen halb erstaunten, halb empörten Ausdruck. Ihr Blick war auf einen alten Beistuhl gefallen, den ich von meiner Großmutter geerbt habe, einen Beistuhl mit einem tiefen Fach für stromne Bücher. Ich hatte den Beistuhl, der lange auf dem Boden gestanden, ins Wohnzimmer bringen und unter einem Madonnenbild aufstellen lassen, vor dem ein Cellistlein brennt.

Kati fragte mit gerungelten Brauen: „Seit wann sind Sie bigott geworden, Gräfin Agnes? Das Vetten wird uns nichts nützen.“ Ich lachte, und sie blickte mich vorwurfsvoll an.

Nachdem ich mich eine Weile über ihren Kerger gefreut hatte, stand ich auf, verschloß leise die Wohnzimmertür und führte Kati zu dem Beistuhl, dessen Fach ich aufschlug. Unter den frommen Büchern verborgen, lagen vier Revolver. Friß hatte sie mir zum Aufbewahren gebracht. Kati starrte mich an wie nicht geschick, dann lachte auch sie, aber aus irgendeinem Grund füllten sich ihre guten Augen mit Tränen, und dann fiel sie mir um den Hals und küßte mich ab.

„Das geht nicht, Gräfin Agnes“, sagte sie mit nicht ganz fester Stimme. „Wenn man die Waffen bei Ihnen findet.“

Ich zuckte die Achseln. „Dort wird man sie nicht finden. Und wenn... Es ist doch besser, eine alte Frau kommt ins Gefängnis oder wird erschlagen, als ein jun-

ger Mensch. Und wer sollte mich verraten? Auf das Mädchen kann ich mich verlassen.“

Kati schluckte ein paar Mal heftig, und ich wußte: jetzt denkt sie, ja, auf das Mädchen kann sich die alte Frau verlassen, aber wie steht es um ihre Tochter Claudia?

Das tat mir weh. Würde doch auch ich von dieser Frage gequält: wie steht es um meine Tochter Claudia? Ich sprach wieder mit ihr und nahm auch die Mahlzeiten zusammen mit ihr ein. Aber was sagten wir uns schon? Wir redeten über das Weiter, über gleichgültige häusliche Angelegenheiten. Sie sah sehr schlecht aus, blaß, mit schwarzen Ringen unter den Augen, als ob sie nachts nicht schlafen könne. Sie sah fast nichts und wurde wieder schrecklich mager. Manchmal, wenn sie sich unbedacht glaubte, blickte sie so verzweifelt drein, daß ich an mich halten mußte, um nicht zu fragen:

„Was ist dir, Claudia? Sprich dich doch aus.“

Sie war auch sehr nervös; ihre Hände zitterten und sie rauchte eine Zigarette nach der andern. Einmal ging ich in ihr Zimmer, ich glaubte, sie sei ausgegangen, und öffnete ohne zu klopfen die Tür. Da lag sie auf der Chaiselongue und weinte, weinte, wie ich sie nie weinen gesehen hatte. Am ersten Mai ging sie zum Fest der Arbeit, zusammen mit Toni. Und wir zwei Alten, Kati und ich, saßen zusammen im Hause. Kati war schrecklich aufgeregt.

„Unser erster Mai“, sagte sie verbittert. „Sie haben uns alles geraubt. Auch unseren ersten Mai.“

Sie sprach lange mit mir und schließlich begriff auch ich, was das alles bedeutete. Ein Tag, der seit Jahrzehnten der Tag der Freiheit und der Zukunftshoffnung gewesen war, ist geschändet und erniedrigt worden. Aus Katis Worten erstand mir das Bild eines tapferen opferreichen Kampfes um das Recht, eines Kampfes, der jahrzehntelang geführt worden war, und der seinen Feiertag hatte:

den ersten Mai. Da waren im Zug die Kinder mitgegangen, die Hoffnung der Zukunft, die kleinen unschuldigen Geschöpfe, für die die Alten kämpften, und hinter den Kindern die Alten, die gelitten und ausgeharrt hatten, allen Feinden zum Trotz, im heiligen Glauben an eine friedliche, gerechte Welt. Die roten Fahnen, rot wie das blühende Leben, waren im Zuge getragen worden, und in der Mailust hatte die Internationale geklungen, das Lied, das keine Grenzen kennt, das alle umschließt, welcher Nation und Rasse sie angehören, alle, die guten Willens sind. Und heute... Heute weht die Fahne, die Barbarei, engstirnigsten Nationalismus und roheste Tyrannei verkörpert, dem Zuge voran: die Halenkreuzfahne. Die Zukunft wird gemordet, die Kinder tragen braune Uniformen, und heben die kleinen Hände zum Hitlergruß. Was soll, was kann aus diesen Kindern werden? Was soll, was kann aus unserem Vaterland werden? „Das ganze Volk“, hieß es in den Aufrufen der Regierung. Sie lügen. Das, was das mordete und folterte und unterdrückte, war nicht das ganze Volk, war nicht einmal die Hälfte der Deutschen. Das waren Verjünglinge, Bestreiter, Postenjäger, das war, zumindest was die Führung anbelangte, wirklich etwas, was ich oft gelesen und nie begriffen hatte: der Abschaum der Menschheit.

Es war totensstill im Zimmer. Wir saßen nebeneinander auf dem Sofa, und ich lernte, mit sich ins Fahren, die Wahrheit erfassen. Ich blickte auf Kati. Sie war wieder ruhig geworden. Ich fühlte neben mir eine unzerbrechliche Kraft, die, vielleicht nicht heute, vielleicht auch nicht morgen, aber einmal bestimmt liegen würde. Die Kraft der Menschen, die alles schaffen, das wir ändern nur genießen, die Kraft des Landes, das sich einmal an seine Vergangenheit erinnern wird, an die fernsten Tage, da es noch keine Schande war, ein Deutscher zu sein, die Kraft des Geistes, der immer und immer über die rohe Gewalt den Sieg errungen hat.

(Fortsetzung folgt)

Der Zwischenfall beigelegt

Unverbindliche Resolution bei Absenz der deutschen Regierungsparteien angenommen

Pensionsnovelle genehmigt

Prag, 7. Juni. Mit der Liquidierung des Vorstoßes Dubichs gegen die deutschen Amtsstellen, aus dem seitens der radikalen Elemente im tschechischen Lager aus durchsichtigen Gründen eine Haupt- und Staatsaktion gemacht wurde, verging auch noch der ganze heutige Tag. Die äußeren Begleitumstände waren fast die einer regelrechten Krise. Es gab Koalitionsberatungen, eine neue Ansprache mit dem Ministerpräsidenten, an der Genosse Zoub und der Landwirts Zierhut teilnahmen, vorher und nachher Klubberatungen und schließlich auch noch einen Ministerrat. Verschiedene Resolutionsentwürfe wurden in Umlauf gesetzt und wieder abgelehnt. Schließlich kam folgende Fassung zustande:

„Das Ministerium für soziale Fürsorge wird aufgefordert, eine zweckmäßige Regelung der Organisation der Pensionsversicherung der Privatangestellten zwecks Erzielung der größtmöglichen Sparsamkeit vorzubereiten. Bei der Amtsführung der Allgemeinen Pensionsanstalt soll darauf geachtet werden, daß die Vorschriften des Sprachengesetzes eingehalten werden.“

Auch mit dieser Fassung der Resolution waren sowohl unser Klub wie der des Bundes der Landwirte nicht einverstanden. Sie unterschrieben sie auch nicht, wie es bei Koalitionsresolutionen sonst üblich ist.

Die Resolution wurde wohl im Anschluß an die Abstimmung über die Pensionsversicherungsnovelle, die am Abend nach einer längeren Sitzungunterbrechung schließlich doch noch stattfand, bei der zweiten Lesung angenommen, aber ohne die Stimmen der beiden deutschen Regierungsparteien, die vor der Abstimmung den Sitzungssaal verlassen hatten.

Am Kopf der Resolution figurierten als Antragsteller neben den tschechischen Koalitionsparteien auch noch Dr. Toubek von den Nationaldemokraten und Cukel namens der Hlinkaleute. Dafür hatten diese beiden Parteien ihre Absicht ausgedrückt, die innerhalb der Koalition längst erledigt war, als ihre eigene einzubringen. Dadurch war Herr Dubich der unangenehmen Notwendigkeit entkommen, womöglich sein eigenes Geistesprodukt verurteilen zu müssen, falls es darüber zur Abstimmung gekommen wäre.

Es ist wohl möglich, nach Liquidierung der maßlos aufgebauchten Angelegenheit sich den ursprünglichen Text dieser Resolution vor Augen zu führen. Darin wurde nicht weniger gefordert, als daß die deutschen Amtsstellen der Pensionsanstalt in Prag und Brünn aufgelassen und mit den tschechischen Amtsstellen vereinigt werden.

Aus einem Vergleich der beiden Texte kann man am besten erkennen, welches positive Resultat der Widerstand der deutschen Regierungsparteien gegen den Vorstoß Dubichs schließlich doch hatte. In der neuen — wohlgenutzt: trotzdem von den deutschen Regierungsparteien nicht angenommenen — Fassung ist von den deutschen Amtsstellen überhaupt nicht die Rede, geschweige denn von ihrer Auflösung. Man kann also einer eventuellen Weiterentwicklung der Angelegenheit mit voller Ruhe entgegensehen.

Selbst wenn das Fürsorgeministerium, das in der heutigen Krisenzeit bei Gott wichtigere Sorgen hat, nichts Geringeres zu tun haben sollte, als den Wünschen des Herrn Dubich, wie sie in der letzten Fassung der Resolution zum Ausdruck kommt, promptest zu willfahren, so kann man sich immer noch ganz gut Abwehungen der Organisation der Pensionsversicherung vorstellen, die der Forderung nach Sparsamkeit Rechnung tragen, ohne die Landeshörden zu gefährden, denn die Interpretation der heutigen Resolution kann sehr mannigfaltig sein.

Und wenn im äußersten Fall vorgezeichnete Sparmaßnahmen sich tatsächlich in dieser Richtung bewegen sollten, dann ist immer noch nichts verloren, immer noch kein Präjudiz geschaffen: Die deutschen Regierungsparteien haben ja auch für diese vieldeutige Resolution nicht gestimmt und haben daher für jeden Eventualfall vollkommen die Hände frei! Wer weiß, wie selbst den engsten Klubkollegen Dubichs schon miß vor der ganzen auf die Spitze getriebenen Auseinandersetzung war, und wie viele Resolutionen im Laufe der Zeit schon nutzlos verpufften und wie wenige tatsächlich aufgegriffen und verwirklicht wurden, dem wird nicht gleich das Herz in die Hose fallen vor eventuellen künftigen Möglichkeiten. Heute haben wir andere, wichtigere Gegenwartsfragen, nämlich den deutschen Arbeiter und Angestellten aus der Krise hindüberzusetzen in eine bessere Zeit. Die anderen Dinge wollen wir erst einmal mit Ruhe an uns heran kommen lassen!

Klerikale Spiegelfechterei

Ganz anders natürlich unsere Christlich-sozialen! Die witterten eine gute Gelegenheit, um ihre tatsächlichen Schandtaten aus der Zeit des Bürgerblocks vergessen zu machen und gegen die verhassten Sozialdemokraten loszugehen. So schickten sie vor der Abstimmung noch einmal den Herrn Dehlinger in die Debatte, der den von

ihm selbst vor zwei Tagen verkündeten Klubbeschluss, für die Pensionsnovelle zu stimmen, feierlich reasumierte: Angesichts der Resolution, deren Auswirkung natürlich in den schwärzesten Farben geschildert wurde, würden sie auch gegen die Novelle selbst stimmen!

Man könnte darüber lächeln, daß die Herrschaften die Novelle und die Resolution dazu nicht auseinanderzuhalten vermögen. Aber es liegt es ihm daran: Sie wollen nämlich in den weniger orientierten, bzw. auf die Verichterstattung ihrer Presse angewiesenen Kreisen die falsche Meinung erwecken, als hätten die deutschen Sozialdemokraten bereits irgendwie die deutschen Landesstellen preisgegeben, als wäre zumindest ein Präzedenzfall für die Zukunft geschaffen. Daß dies nicht der Fall ist, haben wir ja bereits oben auseinandergesetzt.

Und der Herr Krumpel und die anderen von seiner Couleur, die bei der Erklärung Oehlingers nationale Entrüstung miment oder hämische Randbemerkungen zu machen suchten, als

Trapl als Optimist

Der Tiefpunkt überschritten / Budgetgleichgewicht als nächste Etappe

Während die Verhandlungen über die Beilegung des Dubich-Konfliktes die ganze Zeit über andauerten, wurde im Hause der Staatsrechnungsausschüsse für 1932 verhandelt.

Nach dem Referenten Remes erbat sich Finanzminister Dr. Trapl das Wort, um, wie er sagte, eine Uebersicht über die Entwicklung der Staatswirtschaft im heurigen Jahre zu geben, soweit man sich darüber aus den ersten Monaten ein Bild machen kann.

Der Effekt der Bemühungen der letzten Budgetjahre um die Verabfolgung der Ausgaben der Staatsbudgets ergibt sich daraus, daß das Budget von 1931 noch 9838 Millionen betrug, während das heurige Budget nurmehr Ausgaben von 7630 Millionen vorsieht. Der Minister ruft den katastrophalen Niedergang unseres Außenhandels in den Krisenjahren in Erinnerung, dessen Umfang von fast 40,5 Milliarden im Jahre 1929 auf 11,7 Milliarden im Vorjahre zurückgegangen ist, während der Ueberschuß des Außenhandels in derselben Zeit von 1759 auf ganze 21 Millionen zurückging.

Erst Ende 1933 hat es den Anschein, daß wir den niedrigsten Stand unserer Wirtschaft erreicht haben. Seit Febr. 1934 ist auch der Außenhandelsüberschuß beträchtlich höher, als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Auch die Staatseinnahmen aus Steuern und Gebühren weisen seither ein günstigeres Bild auf.

Der gesamte Bruttoertrag beläuft sich hier für die ersten vier Monate 1934 auf 2531,9 Millionen, während er im Vorjahre nur 2268,6 Millionen betrug. Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Einnahmepreliminare in den Gruppen I und III des Staatshaushaltes gegenüber dem Vorjahre um 638 Millionen herabgesetzt wurde. Der Minister streifte auch die günstigere Entwicklung im Frachtenverkehr der Staatsbahnen sowie das Sinken der Arbeitslosigkeit und konstatierte dann, daß sich die Befürchtungen hinsichtlich der Devaluation nicht erfüllt haben, ja daß die Besserung unserer Wirtschaft in den letzten Monaten auf diese Maßnahmen zurückzuführen ist.

Insmerhin dürfe man nur mit einer langsamen Besserung unserer Produktion rechnen und müsse daher im Staatshaushalt auf der bisherigen Linie äußerster Sparsamkeit verharren. Die ersten Monate des heurigen Jahres geben uns noch nicht die Gewißheit, daß wir schon heuer das Gleichgewicht im Staatshaushalt erreichen, besonders wenn wir nicht sicher damit rechnen können, daß die bisherige günstige Entwicklung anhält. Man müsse also weiter die Staatsausgaben auf dem niedrigsten Niveau halten und sich noch weiter um ihre Verabfolgung bemühen, um die Folgen der letzten Jahre auszugleichen. Insbesondere müsse man auch in den Ersparungen fortfahren, die die Sparkommission in ihr Programm aufgenommen hat, denn im Budget für 1935 müssen wir auch mit erhöhten Lasten aus dem Titel des Schuldendienstes rechnen und auch an die Amortisierung denken.

Seit 1931 haben sich die Staatsschulden um 5320 Millionen erhöht. Davon entfallen jedoch 3310 Millionen auf die Investitionsanleihe vom Jahre 1931 und auf die Arbeitsanleihe vom Jahre 1933, deren Ertrag zu Investitionen verwendet wurde; weiters wurde aus dem normalen Budget des Arbeitsministeriums seit 1931 Investitionen im Betrag von 805 Millionen durchgeführt. Daraus ergibt sich, daß die neue Verschuldung nur zu einem kleinen Teil der Notwendigkeit entspringt, die Defizite der Staatskasse in den letzten Jahren zu decken. Trotzdem werden zur Ueberbrückung der Monate mit schlechten Steuererträgen auch heuer gewisse finanzielle Maßnahmen notwendig sein. Das Finanzministerium hat mit dem Konsortium für staatliche Kreditoperationen bereits die Ausgabe von fünfprozentigen Klassenanleihen vereinbart, die ab 1936 in fünf Jahresraten verlosbar sind.

unser Genossen vor der Abstimmung den Saal verlassen, die seien nachdrücklich erinnert an jene Zeit, da mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung die Verwaltungsreform und andere Dinge angenommen wurden. Damals haben die Herrschaften sich nicht abfentert, sondern sie haben ausdrücklich dafür ihre Hand gehoben, daß nicht nur eine deutsche Amtsstelle, sondern daß ein ganzes deutsches Land, nämlich Schlesien, von der Selbstverwaltung in den deutschen Bezirken Böhmens ausgegliedert werde und anderes mehr! Das taten sie zu einer Zeit, da noch nicht die Demokratie ringsum fast in allen Ländern unterdrückt sondern alles noch friedlich und ruhig war und nicht zu befürchten stand, daß eine eventuelle Regierungskrise auch bei uns jene faszistischen Hintermänner des Herrn Dubich in die Höhe bringen könnte, deren Antriebskräfte kommen nicht nur für die Demokratie bei uns überhaupt, sondern auch für alle Teile des sudetendeutschen Volkes, gleichgültig ob Marxisten oder Bürgerliche, die schlimmsten Folgen nach sich ziehen müßte!

Nun ist diese Gefahr abgewendet und letzten Endes auch der Herr Dubich darüber belehrt, daß er sich doch nicht alles erlauben kann, sondern selbst eine gewisse Koalitionsdisziplin einhalten und viel Wasser in seinen Wein gießen muß. Auch diese Seite des Abchlusses der mehrtägigen Verhandlungen ist sicher nicht zu unterschätzen!

Andrücklich hob der Finanzminister weiters den anliegenden Stand unserer Notenbank hervor. Das große Kreditbedürfnis des Staates hat bisher unsterk auf die ganze übrige Wirtschaft sehr drückend gewirkt. Die unbedingte Garantie einer ausgeglichene Staatswirtschaft in den kommenden Jahren ist auch hier die erste Voraussetzung dafür, daß die Kreditoperationen des Staates künftig ganz aufhören oder wenigstens auf ein solches geringes Maß eingeschränkt werden, damit sich der Geld- und Kreditmarkt wieder voll in den Dienst der übrigen Wirtschaft stellen kann. Nach den Maßnahmen zur Exportförderung muß man sich jetzt auch darum kümmern, daß auch nach der Kreditseite hin für unsere Produktion die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Eine beträchtliche Erleichterung für unser Geldwesen werden auch die Hilfsmaßnahmen für die Selbstverwaltung bringen, welche in entsprechenden Regierungsvorlagen vorbereitet werden. Diese Maßnahmen sollen es den Selbstverwaltungsgörnern ermöglichen, die ihnen durch ihre Schuldenlast auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Diese Maßnahmen werden sich in erster Linie bei jenen Geldanstalten günstig auswirken, die eben dadurch getroffen worden, daß die Selbstverwaltung diese Verpflichtungen nicht mehr erfüllen konnte.

Zur Verbesserung unserer Handelsbeziehungen mit dem Ausland wird man den Umfang des Warenaustausches nicht nur beim Export vergrößern, sondern auch für eine Verbesserung der Einfuhrmöglichkeiten Sorge tragen müssen. Weiter wird man unter Devisen- und Bewilligungssystem auf eine solche Grundlage stellen müssen, daß sie den Bedürfnissen unserer industriellen wie landwirtschaftlichen Produktion entspricht. Der Behebung der Wirtschaftsschwierigkeiten mit der übrigen Welt soll auch die Errichtung eines Exportinstitutes dienen, um die Exportmöglichkeiten der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion in geordnete Bahnen zu lenken.

Von weiteren wirtschaftlichen Vorlagen, die den Auslandmarkt günstig beeinflussen, kündigte Trapl das neue Automobilgesetz an, das die Bedingungen des Autoverkehrs und im Zusammenhang damit auch der Automobilherzeugung verbessern soll sowie eine Novelle zum Straßenfonds, die dem Fonds auch weiterhin die unverkürzte Erfüllung seiner Aufgaben ermöglichen soll. Dabei müsse man sich aber immer vor Augen halten, daß, wenn es in der heutigen Zeit schon Aufgabe des Staates ist, in größerem Maße als bisher in die Wirtschaft einzugreifen, man diesen staatlichen Interventionismus nicht so interpretieren darf, daß dem Staate dadurch erhöhte Lasten aufgelegt werden sollen.

Abschließend stellte Trapl nochmals fest, daß die günstige Entwicklung der letzten Monate zur Erwartung berechtigt, daß der rückläufige Prosch

Amerika vor dem Riesenstreik

Unter der „eisernen Ferse“

New York, 7. Juni. Die Ansichten auf Verständigung gegenüber dem drohenden Stahlstreik werden sehr ungünstig beurteilt, nachdem die Führer der Stahlindustrie nach mehrstündigen Verhandlungen mit dem Vizeleiter Johnson die Hauptforderung der Gewerkschaftsvertreter auf Anerkennung eines kollektiven Arbeitsvertrages abgelehnt hatten. Die Entschiedenheit, mit der die Ablehnung erfolgt ist, läßt ein Nachgeben der Unternehmer nicht erwarten. Die Gewerkschaften beharren gleicherweise auf ihrem Standpunkt. In Washington erklärte die Abordnung der Stahlarbeiter dem Arbeitsminister, Franklin Perkins, daß „die ganze Hölle losbrechen werde“, falls eine Verständigung mit den Arbeitnehmern nicht bis zum 10. Juni erfolge.

Polizei schoß ohne Befehl

Die Pariser Feber-Ereignisse vor dem Untersuchungsausschuß

Paris, 7. Juni. Die parlamentarische Untersuchungskommission über die Feber-Ereignisse beantwortete gestern abends die Schlussfragen, die Ausschluß darüber verlangten, wer am 6. Feber den Befehl zum Schießen gegen die Manifestanten erteilt hatte.

Die Antworten lauteten in dem Sinne, daß den Befehl zum Schießen weder die Regierung Daladier, noch der Pariser Polizeipräsident, noch der Vorstand der Pariser Polizei, noch dieser oder jener bestimmte Polizeikommissar oder Offizier der republikanischen Garde erteilt hat. Einige dieser Personen hatten jedoch den Befehl erteilt, Schüsse in die Luft abzugeben. Einmütig lautete die letzte Antwort dahin, daß die Polizeibeamten, die Stadtwache, die republikanische Garde und die Gendarmen gegen die Manifestanten spontan und ohne jeden Befehl geschossen haben.

unserer ganzen Wirtschaft abgeschlossen ist. Dadurch sind die Möglichkeiten gegeben, wieder zum Gleichgewicht in der Staatswirtschaft zu gelangen, das wiederum die Voraussetzung für die Erneuerung der normalen Funktion des Geldmarktes ist.

Staatsrechnungsabschluss für 1932

In der Debatte über den Staatsrechnungsabschluss für 1932 verwies der Referent Genosse Remes u. a. auf die Steuerrückstände, die mit Ende 1932 4.777 Millionen betragen. Es wäre überflüssig zu wiederholen, daß die Hauptursache dieser Rückstände in der ungenügenden Zahl von Steuerbeamten liegt; hier sei am falschen Ort gespart worden. Diese Sparerei, die schon einer Judasens gleichkomme, habe die Republik und die Selbstverwaltungskörper schwere Milliarden gekostet. Remes ist weiter dafür, daß die unheimlichen Voranschläge auf die Lehrergelalte abgeschrieben werden und auf gesetzlichem Wege dieser unmögliche Zustand beseitigt wird. Die Ergebnisse der Wirtschaft der staatlichen Unternehmungen im Jahre 1932 sei direkt katastrophal zu nennen, da statt der erwarteten 1330 Millionen nur 308 abgeführt worden seien. Mit Rücksicht auf die in der letzten Zeit sich häufenden Fälle von Veruntreuung in der Staatswirtschaft verlangt der Referent, daß die Exekutivorgane des Obersten Rechnungskontrollamtes entsprechend ausgebaut werde.

Nach durchgeführter Debatte, in der von deutscher Seite Dr. Vaheer sprach, wurde die Sitzung unterbrochen, bis die Situation in der Dubich-Sache geklärt war. Dann wurde zunächst der Staatsrechnungsabschluss und damit auch die Budgetüberführungen genehmigt und dann die Pensionsversicherungsnovelle in beiden Lesungen angenommen, wobei eine Änderung betreffend die Einrechnung der Legionärsdienstzeit für den Anfall der Altersrente beschlossen wurde.

Nächste Sitzung Dienstag, den 12. Juni, um 15 Uhr.

„Wohlverdienter Juli-Urlaub“

Stabschef Röhmer bereits auf Krankenurlaub für die SA

Berlin, 7. Juni. Das Presseamt der Obersten SA-Führung teilt mit: „Der Stabschef der SA, Reichsminister Ernst Röhm hat einen mehrwöchigen Krankenurlaub angetreten. Dieser Urlaub wurde dem Stabschef von seinen Ärzten zum Zwecke eines notwendig gewordenen Kurgebrauches verordnet.“

Um allen Mißdeutungen, die daran etwa geknüpft werden könnten, von vornherein vorzubeugen, läßt der Stabschef erklären, daß er nach Wiederherstellung seiner Gesundheit sein Amt in vollem Umfange weiterführen wird.

Ebenso wird auch die SA nach ihrem wohlverdienten Juliurlaub neu gestärkt und unverändert ihre große Aufgaben im Dienste des Führers und der Bewegung erfüllen.

Die neue Armee Deutschlands

Die Vorbereitungen des deutschen Reichswehrministeriums für die Aufstellung der neuen deutschen 300.000-Mann-Armee sind beendet. Der „Matin“ ist in der Lage, die Bedingungen für den Eintritt in diese neue Reichswehr zu veröffentlichen. Danach müssen die Bewerber

1. nicht vorbestraft,
2. rein arischer Abstammung,
3. in der nationalen Bewegung tätig gewesen,
4. mindestens 1,65 Meter groß sein (größere Bewerber erhalten den Vorzug vor kleineren),
5. Ferner müssen sich die Bewerber einer eingehenden ärztlichen Untersuchung ihrer körperlichen Tauglichkeit (einschließlich Nöntgenaufnahmen) — und zwar auf eigene Kosten — unterziehen, und werden schließlich
6. einer Intelligenzprüfung unterworfen, die ungefähr dem früheren Einjährigexamen entspricht. Das Eintrittsalter ist 18 bis 22 Jahre.

Aus diesen Bedingungen geht hervor, daß die neue 300.000-Mann-Reichswehr, ebenso wie die jetzige, eine Elitearmee sein soll; eine Ader-Armee, die im gegebenen Augenblick durch Millionen nur „wehrgerechtig“ ausgebildeter Kräfte aufgefüllt werden kann. Militärisch gesehen ist daher die deutsche 300.000-Mann-Armee viel wertvoller als eine gleichstarke oder selbst eine stärkere Armee von Militärsoldaten; d. h. würde die deutsche Reichswehr härter sein als die Heere Frankreichs und der Tschechoslowakei zusammengekommen.

Neue österreichisch-deutsche Grenzwiszenfälle

Wien, 7. Juni. (N.) Am 6. Juni l. J. um 22.30 Uhr wurde eine aus zwei Mann bestehende Schutzpatrouille des Gendarmeriepostens Mäggers in Boravberg in der Nähe von Promantale auf österreichischem Boden, ungefähr 500 Meter von der deutschen Grenze entfernt, ohne jeden Anlaß beschossen. Der Schutzpatrouillenchef Martin Rossmann erlitt einen Durchschuß des Waden- und Schienbeins sowie des rechten Fußes und der rechten Hand und außerdem einen Stichschuß in der linken Hand. Die Verletzung ist schwerer Natur. Eine aus österreichischen und deutschen Organen bestehende Kommission hat sich an den Tatort begeben.

In derselben Nacht wurden auf die im Grenzdienst stehenden Schutzpatrouillenchef Josef Vertsch und Rudolf Kalpich bei Semmoss unmitttelbar an der deutschen Grenze vier Gewehrschüsse abgegeben, durch die niemand getroffen wurde.

„Dummkoller des Kollektivismus?“

Die „Landpost“ gegen Minister Godja. Wir haben am Sonntag in einer durchaus sachlichen Besprechung der neuen Anträge des Landwirtschaftsministers Godja erklärt, daß diese Vorschläge auf eine grundsätzliche Wendung der Agrarpolitik von den bisherigen liberalistischen zu kollektivistischen Methoden hindeuten. Dafür werden wir von der „Landpost“ in grüblerischer Weise attackiert. Sie wagt es von einem „Dummkoller des Kollektivismus“ zu sprechen. Die ordinäre Polemik ist aber nicht gegen uns, sondern gegen den Landwirtschaftsminister Godja gerichtet, denn dieser hat in einem in der „Prager Presse“ vom Sonntag veröffentlichten Interview die von ihm selbst beantragte Form der Entschädigung als eine *W o r a u s s e t z u n g* für die *L a n d w i r t s c h a f t l i c h e P l a n w i r t s c h a f t* bezeichnet. Daß landwirtschaftliche Planwirtschaft mit den alten liberalistischen Methoden nichts mehr zu tun hat, müßte selbst der „Landpost“ einleuchten, wenn sie noch einer sachlichen Erwägung fähig wäre. Eine solche Methode der Diskussion unter Parteien, die eine gemeinsame Verantwortung tragen, richtet sich von selbst.

Wenn die „Landpost“ mit dieser Attacke auf Godja noch unter Berufung auf ein Winkelblättchen von dem „Marasmus“ der Sozialdemokratie spricht, so wollen wir es in aller Gemütsruhe darauf antworten lassen, wer von der Denkeinfachheit geschlachtet wird: die „marastische“ Sozialdemokratie oder die von ihrem Sozialistenhah blind und taub gewordenen deutschen Agrarfascisten.

Die böhmische Landesvertretung lehnt Donnerstag, den 7. Juni, ihre Beratungen fort. Zunächst wurde der Rechnungsabschluß für 1933 zur Kenntnis genommen und ein Antrag der tschechischen Sozialdemokraten, baldmöglichst eine Novellierung des Verwaltungsdirektorengesetzes in demokratischer Richtung vorzunehmen, der Rechtskommission zur Behandlung zugewiesen. Sodann wird ein Antrag des Landesauschusses angenommen, für Investitionszwecke eine Anleihe von 30 Millionen Kč aufzunehmen. Eine rege Debatte entfaltete der vom Genossen Novak (Zungbrunn) vorgelegte Antrag auf Reform des Krankenhauswesens, durch den ein systematischer Ausbau der Krankenhäuser ermöglicht werden soll. Der Antrag wurde nahezu einstimmig angenommen. Hierauf wurden eine Reihe minder wichtiger Angelegenheiten behandelt und einige Anträge den zuständigen Kommissionen überwiesen, eine Anzahl von Verhandlungsgegenständen auf die nächste Session verlagert, damit die Sommertagung programmäßig Donnerstag nachmittags geschlossen werden konnte.

Trockenheit Nationalunglück für USA

125.000 Familien betroffen — Millionen Notschlachtungen

Washington, 7. Juni. Das Landwirtschaftsministerium veröffentlicht einen Lagebericht, in dem erklärt wird, daß die Trockenheit in den Hauptgetreidegebieten die nationale Lebensmittelversorgung, hauptsächlich mit Weizen, Futtergetreide und Heu, ernstlich gefährdet, jedoch keine Hungersgefahr befürchten lasse. Der Weizen stehe schlechter als je in den letzten 25 Jahren. Das Viehsterben sei groß. Weitere schwere Verluste seien in den nächsten Wochen zu erwarten, selbst wenn Regen falle. Die Früh-ernte stehe im ganzen Lande schlecht und die anhaltende Dürre lasse Befürchtungen für die Spät-

ernte, besonders für Mais und Futtergetreide, aufkommen.

Präsident Roosevelt bezeichnete die große Trockenheit in den landwirtschaftlichen Gebieten als ein nationales Unglück, das über 125.000 Familien betroffen habe und das zum Absterben oder zu Notschlachtungen von mehreren Millionen Stück Vieh führen werde. Er gebe aber der Nation das Wort, daß niemand Hunger leiden solle und er fordere vom Bundeskongress einen großen Zusatzebetrag zum Budget, um alle Menschen in den betroffenen Bezirken vor Hungersnot zu bewahren.

Tagesneuigkeiten

M..ffentod durch Hauseinsturz

Madrid, 7. Juni. In Valencia stürzte in der Nacht aus noch nicht festgestellter Ursache ein Mietshaus ein. Bis in die frühen Morgenstunden wurden 13 Leichen und zwei Sterbende geborgen. Man befürchtet, daß sich noch mehr Tote unter den Trümmern befinden.

Ein christfascistischer Edeling!

In Wien fand dieser Tage ein Prozeß gegen eine zweiundzwanzigjährige Studentin der Jurisprudenz statt, die des Mordes angeklagt war. Vater des getöteten Kindes war der Student und jetzige Schutzpostenkommandant „S.“ — mehr läßt sich aus den Wiener Berichten nicht entnehmen. Der wahre Liebhaber und „Schutzpostenkommandant“ ließ das schwangere Mädchen in seiner Not allein und war erbärmlich genug, nicht einmal die Eltern des Mädchens zu benachrichtigen. Als die Geburtswehen kamen, wußte die Unglückliche sich keinen anderen Rat, als das Kind zu erwürgen.

Die Gewissenlosigkeit des famosen Schutzpostenkommandanten geht daraus hervor, daß das Mädchen bereits wieder im vierten Monat schwanger ist!

Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb er den Eltern seiner Freundin keine Mitteilung gemacht habe, antwortete der Held: „Weil ich zu feige war!“ Im übrigen hofft er jedoch, die Angeklagte bald heiraten zu können, „weil er in den Heberkämpfen ausgerückt sei und nun Anspruch auf eine Existenz habe“.

So sehen die „Schutzposten“ des kleinen Kanzlers bei Licht besehen aus!

Offiektly — Kandidat des Friedensnobelpreises

Stockholm. (Zyrex.) „Stockholms Tidningen“, die gelebteste Tageszeitung Schwedens, meldet, daß der hervorragende Pazifist und frühere Chefredakteur der „Weltbühne“, Carl von Offiektly, der in der Nacht des Reichstagsbrandes verhaftet wurde und im Sumpfgelände um Papenburg interniert ist, zum Kandidaten des Nobelfriedenspreises für 1934 vorgeschlagen worden ist.

Alles auf einmal

Belgrad, 7. Juni. (Wala.) Der gestrige Tag war in Jugoslawien in meteorologischer Hinsicht sehr interessant. Während in den jugoslawischen Alpen starker Schneefall herrschte, entstanden in den niedrigen Lagen Heberschwemmungen, da der Schnee schnell schmolz. In Südbosnien, besonders in der Gegend von Stolje, herrschte dagegen große Hitze. Dort wurden Temperaturen bis zu 30 Grad Celsius im Schatten verzeichnet. Im Donaubanat wütete ein Orkan.

Flugzeug-Zusammenstoß

Sagan (Schlesien), 7. Juni. Bei einer Flugveranstaltung verunglückten zwei Sportflugzeuge dadurch, daß sie mit den Tragflächen zusammenstießen. Beide Maschinen führten ab, wobei die beiden Flugzeugführer und die beiden Fluggäste ums Leben kamen.

Korruption und Gesellschaftsordnung.

Korruption ist eine Sache, gegen die auch der sauberste Staat nicht hundertprozentig gefeit ist. Immer wird es soziale Lumpen geben, die es versuchen, durch die Mägen der Gesebe hindurchzuschlüpfen, um sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Das in beiden Lesungen vom Senat angenommene Antikorruptionsgesetz, das Durchstechereien bei Staatslieferungen einen Niesel vorschreiben soll, wird gewiß kein unfehlbares Serum gegen korruptionistische Erscheinungen sein, es wird aber den Mägen der Gesellschaft ihr dunkles Handwerk ein wenig saurer machen. Die Welt hat in jüngster Zeit viel von Skandalaffären öffent-

lichen Charakters vernommen. In einer Gesellschaftsordnung, in der der Unmoral, wenn sie nur ein weißes Vorwand trägt, so weiter Spielraum gelassen wird, ist es schließlich nur eine Sache der Taktik, wie weit die Fledderer gehen dürfen und wie weit nicht. Es ist oft keine Frage der inneren Sauberkeit mehr, sondern nur noch eine Angelegenheit des persönlichen „Fingerpitzengeföhls“. Faschistische Staaten pflegen oft mit Pharisäergeste darauf hinzuweisen, wie wenig bei ihnen von Korruption die Rede ist. In den Demokratien hingegen, so folgern sie, mit plumper Demagogie, ist die Sittenverbesserung an der Tagesordnung, ein Stawiski wäre bei uns eine glatte Unmöglichkeit. Welche Lärmschere! Es gibt nirgends so viel Korruption, nirgends so viel Unrat wie in den „autoritär“ geängelteten Ländern. Aber während in den Staaten, in denen noch die menschliche Freiheit respektiert wird, die Vertreter der öffentlichen Meinung und die gewählten Vertrauensmänner des Volkes den Finger auf die Wunde legen und so den Prozeß der Heilung beginnen können, unterdrückt die Diktatur jede Meldung über Affären des Systems. So kriecht das Geschwür unter der Oberfläche weiter, um bald den ganzen Körper des Staates zu vergiften. Der Faschismus, aus hysterischer Schwäche jede Sekunde um sein Prestige besorgt, verdrängt die Wahrheit den Mund, jener Wahrheit, die man doch nicht unterdrücken kann und deren Stimme aus tausend Kanälen ans lauschende Ohr des geknebelten Volkes dringt. Die wahre Demokratie hat kein schlechtes Gewissen, sie kann es sich leisten, die schmutzige Wäsche, die nicht die Wäsche der regierenden Männer, sondern die einer morschen, zukunftslosen Gesellschaftsordnung ist, vor allem Publikum zu waschen.

Genosse Max Beseck, Bilsen, gestorben. Im Alter von 58 Jahren starb nach kurzer Krankheit Genosse Max Beseck, Bilsen, einer der Gründer der freien Angestelltenbewegung, ein treuer, schlächter, stets hilfsbereiter Parteigenosse. Genosse Beseck ist auch in den Jahren seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit seiner Ueberzeugung treu geblieben. Die ihn kannten, werden dem braven Genossen ein treues Andenken bewahren.

Der Ermordete ist schuldig! Das Chemnitzer Schwurgericht fällt dieser Tage einen Freispruch in einem Prozeß gegen einen gewissen Ernst Schirmer, der vor zwei Jahren einen Bulgaren namens Dimitrow, Direktor einer Sofiacer Fabrik, umgebracht hatte. Der Mörder, der sich damit verteidigte, daß er aus „nationalen, vaterländischen Motiven“ gehandelt habe, berief sich auf den faschistischen Amnestieerlaß vom Jahre 1933. Er betonte u. a., daß er den Bulgaren ermordet habe, weil er „als Ausländer deutsche Frauen geschändet habe“. Der Ermordete hatte vor zwölf Jahren ein Verhältnis mit der Frau des Angeklagten gehabt. Der Gerichtsvorsitzende nahm offen für den Mörder Partei und las Gedächtniswörter vor, auf deren „deutschen heroischen Geist“ er ausdrücklich hinwies. „Rechtspflege“ im Lande der Rechtslosigkeit!

Keine ausländischen Landarbeiter mehr nach Oesterreich. Eine Wiener Korrespondenz berichtet, daß jene österreichischen Landwirte, die Schlichter und Ententearbeiter vom Auslande anwerben wollen, diesmal keine amtliche Bewilligung mehr erhalten werden. Derartige Bewilligungen werden nicht mehr erteilt werden, weil bekanntlich das Inlandsarbeiterschutzgesetz auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter ausgedehnt worden ist, da eine große Anzahl österreichischer landwirtschaftlicher Arbeiter ohne Beschäftigung ist. Es ist deshalb nicht mehr notwendig, derartige Kräfte aus dem Auslande anzuwerben. Beim landwirtschaftlichen Arbeitsamt ist ohnehin eine große Anzahl von österreichischen landwirtschaftlichen Arbeitern und Getreideschichtern vorgemerkt.

Einbruch im Bodenbacher Schlachthof. In der Nacht auf Dienstag wurde im Bodenbacher Schlachthof ein bisher nicht aufgekärter Einbruch verübt. Am Dienstag früh stellte der Kassensbeamte das Fehlen eines Betrages von 1.000,00 Kč fest. Die Kasse war vollkommen unbesichert. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß die Einbrecher durch das Dachfenster in den Kassenraum einstiegen, den Tresorschlüssel ertraben, in dem sich die Kassenschlüssel befanden, und so mühelos den Betrag entwendeten.

Stawisky in Japan. Der japanische Finanzminister Takahashi hat den Entschluß gefaßt, zu demissionieren, wenn sein Stellvertreter im Amt, Auroda, für schuldig befunden werden wird. Auroda wurde nämlich am 19. Mai l. J. vor den Untersuchungsrichter geladen, um auszusagen, welcher Art er sich an den Staatsbanken im Juni 1933 beteiligt hatte und wie seine Kassa auf denselben gewesen war. Sie betrafen damals Währungspekulationen mit Aktien. Auroda wurde nahegelegt, daß man seine Demission erwarte. Nunmehr erklärte der Finanzminister, daß er die Verantwortung für die Handlungsweise seiner Untergebenen auf sich nehme und daß er demnach, wenn Auroda für schuldig befunden werden würde, zurücktreten würde.

Inzuff vor Gericht. Der Bundesrichter von Chicago hat die von dem Finanzmann Inzuff gegen die Zulässigkeit seiner Strafverfolgung erhobene Einwendung, er sei in Istanbul von Bord des Dampfers „Maiois“ geraubt worden, für unzulässig erklärt. Inzuff wird am Montag unter der Auflage des Betruges und der Verletzung des Bankrotgesetzes vor Gericht erscheinen.

Gegen die Hitlerpropaganda in America. Nach dem Eintreffen des Dampfers „Stuttgart“ vom Norddeutschen Lloyd im Hafen von New York erschien an Bord des Schiffes ein besonderer Postbeamter, der sämtliche dort befindlichen Revuen, Bücher und Broschüren beschlagnahmte. Es sollte hiedurch, wie verlautet, verhindert werden, daß die an Land gehende Mannschaft des Dampfers Bücher und Broschüren mitnehme, in denen das nationalsozialistische Regime in Deutschland gepriesen wird.

Alle gerecketen Tschekoslawen-Leute und die Flieger, die bei ihrer Rettung mitgewirkt hatten, sind mit dem Dampfer „Smolensk“ in Wladivostok eingetroffen. Die ganze Stadt prangt im Flaggenschmuck.

Preisverteilung der „Nähe über Prag“. Die von der Tschekoslawischen Luftverkehrs-Gesellschaft vorgenommene Propaganda-Aktion „Nähe über Prag“ zu Volkspreisen mit Verkehrsflugzeugen hat einen großen Erfolg erzielt. Die ersten Flüge fanden Samstag, den 2. Mai, statt und wurden an den darauffolgenden Sonntagen am 12., 19. und 26. Mai sowie auch an den Feiertagen, 20., 21. und 31. Mai, jeweils immer am Nachmittag, wiederholt. Am Samstag, den 2. Juni, wurde die Zahl von 500 Teilnehmern erreicht, so daß zur Verlosung der Preise geschritten werden konnte, die aus Freiflügen auf den ins Ausland führenden Strecken der Tschekoslawischen Luftverkehrs-Gesellschaft bestanden. Die Verlosung fand am 5. Juni statt. Im ganzen wurden sechs Kupons gezogen. Auf den ersten Kupons Nr. 153 entfiel der erste Preis, ein Freiflug Prag—Amsterdam—Prag, und auf die übrigen Kupons mit den Nummern 38, 39, 1082, 1087 und 1166 Freiflüge Prag—Leipzig—Prag. Weitere Flüge über Prag werden wie bisher von der Tschekoslawischen Luftverkehrs-Gesellschaft jeden Samstag von 15 bis 17 Uhr durchgeführt. Das steigende Interesse der Öffentlichkeit an den Flügen ist eine Gewähr dafür, daß in kurzer Zeit die Zahl von weiteren 500 Teilnehmern erreicht wird, die an der nächsten Verlosung von Freiflügen auf den Strecken der Tschekoslawischen Luftverkehrs-Gesellschaft teilhaben werden.

Der 4. Tabetendische Wanderführerlehrgang findet vom 18. bis 26. August 1934, in der neuen Stätte „Christiania“ unmittelbar unter dem Gipfel des Neißberges statt. Dieser Lehrgang will seinen Teilnehmern nicht nur wandertheoretische Vorkenntnisse bieten, sondern sie auch mit allen Fragen der Wanderpraxis vertraut machen. Durch die Form der Gemeinschaftswoche ist jedem Einzelnen Gelegenheit geboten, sich in den gleichartigen Geist einer Wandergruppe einzuleben und die förderlichen Wirkungen solchen Gruppenlebens an eigenen Leib zu erproben. Daher kann die Teilnahme an der Woche allen empfohlen werden, die ihren Urlaub auf eine körper und Geist erfrischende Weise verbringen wollen. Die Teilnehmer genießen auf der Höhe und in der Höhe 50 Prozent Rabattermäße. Die Aufenthaltskosten und die Verpflegung für die ganze Woche betragen nur Kč 130.— Genauen Wochensplan mit Teilnahmebedingungen versendet gegen Kč 2.— in Briefmarken der Verband für deutsche Jugendherbergen, Aussen, Auerbergstraße 2.

Die armen Einwanderer! Durch eine Verordnung der türkischen Regierung wurde die Zusage geleistet, auch auf die Einwanderer angedacht, deren es in der Türkei noch immer eine große Zahl gibt.

Der Kampf gegen das Analphabetentum in der Türkei. Nach einem Bericht des Ministeriums für Volkskultur in Ankara lernten während der letzten zwei Jahre über zwei Millionen erwachsene Personen nach dem lateinischen Alphabet Lesen und Schreiben. Dieses Ergebnis wurde in Abendkursen erzielt, nach deren Abschluß die betreffenden Personen ein Zeugnis ausgestellt wurde. Zu der Zeit, da noch die arabische Schrift angewendet wurde, konnte kaum eine Million Einwohner lesen und schreiben.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen: Samstag.

Prag: Sender 2: 6.00 Gmnastik, 10.10 Schallplatten, 12.10 Opern-Potpourris, 13.35 Arbeitsmarkt, 16.05 Schallplatten, 17.00 Rundfunk für die heranwachsende Jugend, 18.05 Deutsche Sendung: Jugendstunde; Entstehung der Tonfilme usw., 18.55 Deutsche Nachrichten, 19.10 Konzert der Bergarbeiterkapelle. — Sender 3: 14.30 Französische Lieber, 15.10 Alte und neue Schlager, 15.50 Deutsche Nachrichten. — Brunn: 11.00 Orchesterkonzert, 17.45 Schrammelfest, 20.35 Punter Sportabend. — Währ. Ofrau: 17.20 Dr. Stobla: Festlichkeit und ihre Folgen. — Preßburg: 18.30 Konzert. — Raßkau: 11.30 Zigeunermusik, 18.00 Schallplatten.

Rosa Luxemburg:

Briefe aus dem Gefängnis

94 Seiten, broschiert mit farbigem Schutzumschlag Kt 6.—

Zentralstelle für das Bildungswesen Prag XII., Slezská 13

Hemden wieder aus Papier?

Es ist längst zuverlässig berichtet worden, daß in der Reichsdruckerei zu Berlin nicht nur...

Es handelt sich freilich bei dieser Surrogatpolitik nicht nur um Vorseorge für den Kriegszustand, es handelt sich viel mehr um den Versuch...

Die Nazi haben das Reich innerhalb Jahresfrist auf allen Gebieten der Politik, der Wirtschaft und Kunst derart auf den Hund gebracht...

Und nun, nachdem die Nazi, die dem Volke nach fünfzehnjähriger Mißwirtschaft der Marzisten goldene Berge im Dritten Reich versprochen hatten...

Die Welt schaut allemal tatlos zu, als ob es sich im Bereiche des Hakenkreuzes um erfreuliche wissenschaftliche Experimente handelte.

Die Hitler, Goering und Goebbels haben sich halbtot über die blöden Nichtarier, die ihnen glauben. Den Schrumpfergermanen Goebbels wird man dereinst als einen der dreisteinsten Hyänen...

daß er in der unerschämtesten Weise gelogen hat und weiter lügt, diese jämmerliche Ariertypen...

Die Welt wird von Deutschland aus belogen und sie läßt sich belügen; sie tut so, als ob sie den Lügen Glauben schenke...

Reichstagsbrand Nr. 2

Das Schicksal der Augsburger Sängerkasse

Am Vorabend des 1. Mai, des Tages der Arbeit, durften die Bürger der Stadt Augsburg sich an dem Anblick eines Riesenseuerwerkes erfreuen.

Ein Verbrechen, das in seiner Niedrigkeit und Gemeinheit an den Brand des Deutschen Reichstages erinnert und das ebenso aus einer staatsfeindlichen Bestimmung geboren wurde...

Um die abgrundtiefe Gemeinheit dieser staatsfeindlichen Tat zu erkennen, muß man wissen, daß in der Sängerkasse am 1. Mai die gewaltige Kundgebung zum Tage der nationalen Arbeit...

Die Sängerkasse ist aus Holz und steht seit bereits 10 Jahren. Man muß den bolschewistischen Staatsverbrechern die Gerechtigkeit widerfahren lassen...

an dem Tage, an dem die Arier sich stark genug fühlen, schlagen sie los und dann werden sie wahr zu machen suchen, was sie programmatisch immer verkündigt haben...

nicht nur ein weitbin sichtbareres Propagandafest bietet, sondern auch der Stadt Augsburg einen schönen Gewinn einbringt.

Bei dieser Gelegenheit bewährte sich wieder die bekannte Begabung nationalsozialistischer Führer zum Hellschauen.

„Sängerkasse, Augsburgs größter Versammlungssaal, am Witternachts zum 1. Mai durch bolschewistische Brandstiftung in Flammen aufgegangen.“

Auf dieses Telegramm hin wurde von der Reichsfinanzlei fernmündlich die Anweisung gegeben, die Belohnung zur Entdeckung der Brandstifter von 1000 auf 10.000 Mark zu erhöhen.

Man war kampfhaft bemüht, den Mann zu finden, der am besten geeignet ist, auf der Anschlagbahn als ein von den Bolschewisten angestifteter Verbrecher zu fungieren.

G. H. Frey

Mimitry

Von E. Aldt.

Im tropischen Afrika gibt es einen Schmetterling, der an Absonderlichkeit wohl alles übertrifft, was uns aus der Welt der Insekten bekannt ist.

Aber die Ähnlichkeit in Zeichnung, Farbenverteilung und Flügelform würde allein noch nicht immer hinreichen, sie unkenntlich zu machen.

ganzen Benehmen, an ihren ruhigen, trägen Flugbewegungen erkennen. Der Fluchtkinstinkt scheint ihnen fast ganz zu fehlen.

Das ist Mimitry. Das Wort kommt aus dem Englischen und bedeutet soviel wie Nachahmung, Nachäffung.

Gerade die Gruppe der Schmetterlinge liefert uns noch mehr des Sonderbaren. Da ist z. B. die auffallende Erscheinung der sogenannten „Mimitry-Ringe“.

In Europa gibt es ebenfalls Fälle von Mimitry bei Schmetterlingen, nur daß die nachgeahmten Vorbilder hier andere Insekten sind und zwar Hautflügler sind, wie Biene, Hummel,

Sonntag, 17. Juni Jugendweihe Kindertag

Alle sozialdemokratischen Organisationen und Vereine halten diesen Tag für die Teilnahme frei.

Gornisse. Es gibt eine ganze Gruppe von diesen Schmetterlingen. Man bezeichnet sie als „Glasflügler“, weil ihre Flügel glasartig durchscheinend sind.

Ein sehr bekanntes Beispiel für die schüßende Ähnlichkeit mit pflanzlichen Objekten bietet der indische Blattschmetterling, ein großer, farbenprächtiger Falter.

In unserer heimischen Tierwelt gibt es eine ganze Menge von Faltern, die Baumrinden nachahmen. In einem Sommer, in dem eine bestimmte Art von Spanner besonders gut gediehen war, konnte ich folgende Beobachtung machen:

Eine tropische Heuschreckeart, das „Amandelnde Blatt“, ist ein weiteres ausgezeichnetes Beispiel für die schüßende Ähnlichkeit, ebenso die bekannte Stachelhäute, die einem trockenen Flechten besonders dann sehr ähnelt.

Und wenn wir uns fragen, wie all diese wunderbaren Dinge geworden sind, so müssen wir uns eingestehen: wir ahnen es nicht einmal. Tausendfältig variieren die Arten, alle Möglichkeiten erschöpfend.

30.000 Meter hoch, das Ziel 1934

Vorbereitungen zum neuen Höhenflug in Amerika — Der größte Ballon der Welt — Die Aufgaben der Stratosphären-Expedition

Zeit 1. Juni hat das italienische Luftfahrtministerium die Sonderabteilung für Höhenflug, die auf dem Militärflugplatz Montecelio bei Rom stationiert ist. Diese Meldung aus Rom veranschaulicht ganz deutlich, in welcher steigenden Maße sich überall auf der Welt das wissenschaftliche Interesse der Eroberung der Stratosphäre zuwenden. Angeföhrt um die gleiche Zeit wie diese römischen Nachrichten, trifft aus den Vereinigten Staaten die Meldung ein, daß man dort den seit langem geplanten amerikanischen Stratosphärenflug schieberhaft vorbereitet. Diese Flug soll bereits im nächsten Monat unternommen werden. Als Stratosphäre ist der Mittelbereich vorgegeben. Der Ballon, der für diesen neuen Aufstieg in die Stratosphäre benutzt wird, wobei man den Übergang hat, diesmal mindestens eine Höhe von 30.000 Metern über der Erde zu erreichen, kann für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, das größte Luftfahrzeug dieser Art auf der ganzen Welt zu sein.

Zwei Marineoffiziere als Führer

Der amerikanische Stratosphärenballon wird einen Inhalt von 100.000 Kubikmetern besitzen. Zur Herstellung der Ballonhülle sind 9000 Quadratmeter gummierte Leinwand erforderlich gewesen. Was diese Leinwand bedeuten, wird einem erst recht klar, wenn man diese Größenangaben in Vergleich setzt zu den Größenverhältnissen, wie sie die bisherigen bemannten Stratosphärenballons aufwiesen. Dieser neueste amerikanische Ballon wird demnach fünfmal so viel Gas zu fassen vermögen, wie der Ballon, den Lieutenant Zettle im vergangenen November zu seinem Aufstieg in 18.500 Meter Höhe verwendet hat. Gleichzeitig wird er mindestens fünfmal so viel Auftriebsvermögen besitzen, wie jener sowjetische Ballon, der den Welthöhenrekord von über 20.000 Metern aufgestellt hat. Im Augenblick des Aufstiegs, in dem Moment, wo die luftdicht geschlossene Metallkapsel, die unter dem Ballon alles in allem 88 Meter Gesamthöhe besitzen, von der obersten Ballonhülle bis zum Boden der Kabine gemessen. Und wenn dann während des Aufstiegs das Wasserstoffgas sich ausdehnt und das Vakuuminnere ausfüllt, dann wird der Ballon einen Durchmesser von 54 Metern haben.

Dieser bevorstehende amerikanische Stratosphärenflug wird von der National Geographic Society von Amerika in Zusammenarbeit mit der Luftfahrtabteilung der Amerikanischen Marine veranstaltet. Die Finanzierung des Unternehmens erfolgte ganz von Seiten dieser wissenschaftlichen Gesellschaft. Als Führer des Fluges sind zwei amerikanische Marineoffiziere ausersehen, und zwar Kapitän Albert W. Stevens, einer der tüchtigsten Fluglehrer der amerikanischen Marine, und Major William Kepner, der als ausgezeichneter Fluglehrer bekannt ist.

Wetterproben der Luft . . .

Der Start des Ballons soll von den Höhenzügen Colorados aus stattfinden, möglicherweise aber auch in Süd-Dakota, wegen der stabilen Luftverhältnisse, die dort meist herrschen.

Das Hauptziel dieser amerikanischen Expedition in die Stratosphäre ist im übrigen der Versuch, eine möglichst hohe Höhe zu erreichen. Man hat sich in dieser Beziehung das Ziel gesetzt, mindestens bis 30 Kilometer über den Erdboden hinauf zu gelangen. Während des Aufstiegs, und vor allem auch während des Abstiegs in den bisher noch völlig unerforschten

atmosphärischen Schichten zwischen 20 und 30 Kilometern Erdenfernung sollen dann gleichzeitig eingehende wissenschaftliche Messungen und Messungen an den verschiedenen Apparaten vorgenommen werden. Diese wissenschaftlichen Arbeiten beziehen sich auf laufende Temperaturmessungen und auf die Beobachtung der sogenannten kosmischen Strahlung. Gleichzeitig werden in verschiedenen Höhen Proben von der Luft gesammelt werden, die dann unten in den Laboratorien analysiert und untersucht werden sollen. Man hofft, auf diesem Wege in erster Linie wichtige Anhalts- und untergeordnete, in zweiter Linie die oberen Schichten der Luftschichten um die Erde mit Ozon durchzusehen. Die Ozonbildung in der Atmosphäre bildet bekanntlich eines der wichtigsten Probleme der modernen Wissenschaft. Es gibt sogar eine ganze Anzahl international anerkannter Gelehrter, die behaupten, daß ohne jene Ozonschicht in oder sogar noch über der Stratosphäre geistliches Leben auf der Erde überhaupt unmöglich sei. Bis zu der Höhe, in der die Wissenschaft diese Ozonschicht vermutet, wird ein bemannter Ballon allerdings wohl nie vordringen können, aber man hofft, eben durch diese Luftproben wenigstens wertvolle Rückschlüsse auch in dieser Beziehung erhalten zu können. Schließlich haben sich die beiden Piloten auch noch vorgenommen, aus dieser schwindelnden Höhe von 25 bis 30 Kilometern über der Erde, möglichst zahlreiche photographische und Filmaufnahmen zu machen. In einer Höhe von 30.000 Metern kann mit einem Rundbild bis zu 250 Kilometer Entfernung gerechnet werden. Es wäre also beispielsweise möglich, Canas City und Saint Louis auf einen Bildstreifen zu bekommen. Ob im übrigen diesen Kamera-Experimenten dieses Vorhaben gelingen wird, hängt zum großen Teil natürlich von den Sichtverhältnissen ab, die in den Stunden des Fluges zu verzeichnen sein werden.

Funf-Reportage von Nord . . .

Während ihrer Bagabundenfahrt durch die Atmosphäre werden die beiden amerikanischen Offiziere in dauernder radiotelephonischer Verbindung mit der Erde bleiben, und zwar mittels des Sendeparates für kurze Wellen, der auf besonderen Wunsch der Wissenschaftler, die während des Fluges auf dem Laufenden gehalten werden wollen, in die Metallkapsel des Ballons eingebaut worden ist. Die Berichte aus der Stratosphäre sollen außerdem auf einen besonderen amerikanischen Kurzwellensender übertragen werden, der sie dann an die anderen amerikanischen Stationen weitergibt. Im übrigen sind

auch mit verschiedenen europäischen Stationen bereits Abkommen getroffen worden, um diese Berichte auch in Europa verbreiten zu können.

Während dieser Höhenflüge also drüben am Himmelsgelb im mittleren Westen Amerikas entschlängelt, und dabei immer höher und höher steigt, in Regionen, in denen sich bisher noch kein menschliches Wesen aufgehalten hat, wird ein großer Teil der Menschheit Gelegenheit haben, die Schilderungen der beiden wagemutigen Pioniere laufend zu hören und mit atemloser Spannung zu verfolgen. Seine Vorstellimg ist besser geeignet, den Fortschritt der Technik und den Sieg des Menschen über die Natur, über alle Schwierigkeiten und Hindernisse anschaulicher zum Ausdruck zu bringen, als diese . . .

PRAGER ZEITUNG

Kunst und Wissen

6. Philharmonisches Konzert Sündels „Josua“
am 12. Juni. Erste (seni) Aufführung in Prag! 700 Mitwirkende, und zwar 450 Mitglieder der deutschen Gesangsvereine, ein Bewegungschor von 150 Personen, Chor und Orchester des Deutschen Theaters. Seit Maßlers VIII. C. Symphonie die größte Veranstaltung des Deutschen Theaters. Die komplizierte technische Einrichtung bedingt, daß das Theater am Tage vor der ersten Aufführung Montag abends geschlossen wird, so daß eine Abend-Generalprobe stattfinden kann. Bühnenbearbeitung und Gesamtinszenierung: Dr. Graf, Dirigent: Schmidt, Bewegungschor: Schorf. Solisten: Medaf, Ambersen, Fischer, Hotter, Nihil, Extra-Abonn.

Heute halb 8 Uhr Erstaufführung „Der Jakobiner“ von Dostojewski mit Paul Ludvikar. G. Dirigent: Zselli, Regie: Mordor-Ludvikar. Bühnenbild: Kirchan. (D 2).

Nachtserenade im Fürstberg-Garten! am 15. Juni.

„Studio 1934“ — Am 8. Juni im Mozarteum 8 Uhr 15 Min. Mit teilweise neuem Programm. (Aktualitäten!)

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag, halb 8 Uhr: „Der Jakobiner“, Gastspiel Paul Ludvikar, Erstaufführung. (D 2.) — Samstag, halb 8 Uhr: „Der Revolver“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag 8 Uhr: „Lady Windermeres Fächer“, Kulturverbandsfreunde und freier Verkauf. — Samstag, 8 Uhr: „Lady Windermeres Fächer“.

Sport • Spiel • Körperpflege

Bürgerlicher Sport

Oesterreichs Fußballteam konnte bei den Weltmeisterschaften keine „Wunder“ mehr verrichten. Nach den schwer erkämpften Siegen gegen Frankreich und Ungarn, der Niederlage gegen Italien folgte am Donnerstag in Neapel ein weiterer Misserfolg gegen Deutschland mit 2:3 (1:3).

„Mangzeiten“ des Prager DSK. Das am Mittwoch in Prag ausgetragene Goldpokal-Spiel gegen B.S.M. Gablonz ging prompt mit 1:3 (0:2) verloren.

Die Aufgaben der Rasi-Sportler im Ausland. Spiele und Wettkämpfe von Sportmannschaften aus dem Dritten Reich sollen und müssen verhindert und, soweit dies die Veranstalter nicht beherzigen können, mit Wohlfeil belegt werden. Es scheint nicht genügend bekannt zu sein, daß von den reichsdeutschen Sportlern, die ins Ausland geschickt werden, Spielgelder verlangt werden. Außerdem soll ihre Aufrechterhaltung mit dazu beitragen, den A.G. Geist in anderen Ländern zu verbreiten. Das amtliche Organ des Reichsportführers schreibt in Nr. 11, „daß man von dem Ausland schon die Achtung vor dem Hitlergruß erzwingen werde“ und weiter: „Wenn eine deutsche Mannschaft heute im Ausland unter dem Hakenkreuzbanner beim Deutschlandlied die Hand zum Hitlergruß erhebt, raucht Beifall auf“. Aus diesen Ausführungen ist zu ersehen, daß man dem Ausland den Hitlergruß aufzwingen will, das demokratische Ausland hat nur eine Aufgabe: diese deutschen Rasi-Sportler abzulehnen und zu boykottieren.

Englische Profi-Bilanzen. Einige englische Profiklubs der ersten Division haben bei Saison-schluß Bilanz gemacht. Liverpool weist ein Defizit von 4000 Pfund auf, während Biddlesbrough 3600 Pfund verdiente.

„Weltmeisterschafts-Kandidaten“ empfehlen sich mit Niederlagen! Brasilien's Ländereinführung wurde von Jugoslawien mit 4:8 (2:2) geschlagen. — In Bern schlug die Vereinsmannschaft Young Boys die Auswahlmannschaft Neuchâtel mit 2:1.

Aus der Partei

Bezirksorganisation Prag. Ordner-Bandierung in das Czajaba-Tal. (Baden.) Treffpunkt Station Branil-Hodlovičky (Elektr. 21.) 8 Uhr. Fahrt bis Dabls. (Fahrpreis Rückfahrkarte Kč 6.70.) Nachzügler direkt nach Dabls. In der Wanderung können sich selbstverständlich alle Parteimitglieder beteiligen.

Kinderfreunde Prag

Sonntag, den 10. Juni Tagesausflug nach Cimik. Zusammenkunft um halb 10 Uhr vormittags bei der Station der 1.er Elektrischen in Kobylis.

Vereinsnachrichten

Ortsgruppe Prag. Samstag, den 9. Juni, Führung durch Alt-Prag. Zusammenkunft Punkt 4 Uhr beim Suberturm. Sonntag, den 10. Juni, Radtour ins Beraunthal. Zusammenkunft um 17 Uhr am Smidover Bahnhof. Fahrt nach Dobruška. Bei K. H. L. M. Wetter-Wanderung auf den Brdu-Wald-Stamm, bei heißem Wetter Radtour. Führer Gröger. Anmeldungen zur Führung während der Olympiade jeden Freitag in der Geschäftsstelle Prag II., Rádrovní tř. 4. 2. St. von 6—1/2 8. Tel. 48369.

ATUS PRAG
Morgen, Samstag, um 5 Uhr nachmittags:
Leichtathletische Vereins-Wettkämpfe
am Sportplatz der D.T.A. auf der Heřínka. Alle Sportfreunde sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei. Näheres über das Programm, siehe in der Sportrubrik. — **Bade-Ausflug nach Dolní Bočernice** Sonntag früh. Abmarsch Punkt 8 Uhr ab Endstation der Linie 5 in Kloubčín. Rechtszeitig wegfahren, die Endstation ist weit! Gäste sind willkommen.

Urania-Kino, Klimentská 4.
Fernsprecher 61623.
37. Aktion:
„Der unbekannte Gast“
Lustspiel mit Gábor Székely, Lucie Malá und Hans Krausmüller.

Abiturient
mit vorzüglichem Erfolg des Prager tschechischen klassisch. Gymnasiums, würde gern als Hauslehrer bei einem Schüler, jedoch nur im deutschen Gebiete, gegen Wohnung und Verpflegung die Ferien verbringen. Anfragen an Alois Soukup, Praha XI., Žizkov čp. 141 261

Marat und der Sozialismus

Von Hermann Wendel.

Von Karl Marx ist überliefert, daß er ein sorgfältig mit Mandnoten versehenes Exemplar von Marats „Ketten der Sklaverei“ besaß, und in Sowjetrußland steht der Herausgeber des „Volksfreund“ erst recht in Gunst; in den letzten Jahren erschienen dort allein zwei Monographien dieser umstrittenen Persönlichkeit. Auch im westlichen Kulturkreis erweckt der Pamphletist, den im Sommer der Doldr der Charlotte Corday tödlich traf, immer wieder Interesse, wie nicht zuletzt die Abhandlung des amerikanischen Professors Gotschall beweist, der mehr noch auf den Grund geht die Studie, die ihn unlängst ein französischer Historiker, Gérard Walter, verdienstvoll nicht nur durch seine kritische Untersuchung der Pariser Septemberterror, gewidmet hat. Aller Romantiziererei abhold, Sagen zerstörend, auf Tatsachen und nur auf Tatsachen fußend, schildert das Buch weder den Teufel der gegenrevolutionären noch den verhinderten Engel der maratistischen Legende, sondern einen Menschen mit seinen Schwächen und Widersprüchen und seiner großen Leidenschaft, der für Politik. Wie Jean Paul Marat war, steht er vor uns, ehrgeizig, eitel, selbstgefällig, voller Liebertreibung und Liebertreibung, im Extrem als seinem gewohnten Klima lebend, lähn bis zum Jynismus, aber menschliche Wärme eigentlich nie ausstrahlend, am wenigsten, wenn er der Weltgeschichte triumphierend Recht beihält. Und daß er unheimlich oft Recht hatte, bekundete schon Napoleons Wort: „Wahrhaftig vollstündlich machte ihn, daß er 1790 voraus sagte, was 1792 eintrat“.

Daß ein Geschichtsschreiber, der sich vor dem ergiebig mit Thomas Münzer und den sozialen Kämpfen während der Reformation befaßte, auch die Haltung Marats zur großen Tuppenfrage der Menschheit unter die Lupe nimmt, überrascht nicht, aber Walter geht doch wohl etwas zu weit, wenn er ihm ein kommunistisches Glaubensbekenntnis zuschreibt und ihm zum Anhänger der Klassenkampftheorie macht. Der Gott, zu dem Marat betete, hieß Rousseau, und von den allgemeinen Vorstellungen des Genfers über die beste Einrichtung der Gesellschaft entfernte er sich schon deshalb nicht, weil er in wirtschaftlichen Dingen ebenso unselbständig und kenntnislos war wie scharfsichtig und urteilsfähig in politischen Angelegenheiten. Immerdar ein fanatischer Fürsprecher der sozialen Gleichheit, ahnte er, sie durchzuführen, nicht einmal im Traum etwas von einer Möglichkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Vielmehr kam er über Rousseaus Ideal, einen prä- und antikapitalistischen großen Spartaneerstaat kleiner Eigentümler, Heiner Bauern, Heiner Krämer nicht hinaus. Schon in seinem Frühwerk, jenem 1774 gedruckten „Ketten der Sklaverei“, pries er als Vorbild ein Land, in dem „der Boden ungefähre gleiche Maß für unter den Bewohnern verteilt wäre“, ähnlich schlug er 1789 in seinem Entwurf zur Erklärung der Menschenrechte ein: geistliche Beschränkung allzu großer Vermögen und eine gewisse Güterteilung unter die völlig besitzlosen Bürger vor, und nicht minder entrißte er sich 1790, daß das eingelegene Kirchengut nicht den Armen zugesprochen wurde. Sinnfälliger und auch törichter noch drückte er die gleiche Anschauung aus, wenn er zur Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Gleichheit das Riederbrennen der Paläste und Schloßer empfahl oder

wenn er im Konvent ausrief, es gebe ein großes Mittel, die Reichen auf die Klasse der Sansculotten herunterzubringen. „Es besteht darin, ihnen nicht fowiel zu lassen, daß sie damit ihren Hintern bedecken können“. Sollte das wirklich Sozialismus heißen, so war es im äußersten Fall ein Kommunismus als Idurprunglichter Art, und Walter selbst räumt ein, daß das Ganze auf einen Lieblingsgrundsatz der Kirchenväter hinauslaufe: „Nichts Ueberflüssiges gehört uns von Rechts zu, solange andere am nötigsten Mangel leiden.“

Aehnlich mit der Klassenkampfydiee. Wohl erkannte Marat scharfer und früher als andere, daß der Gegensatz von arm und reich ein bewegendes Moment der Weltgeschichte sei. Wohl kürnte er, daß die Gesetze von den Reichen für die Reichen gemacht seien und deshalb keine bindende Kraft für die Armen hätten; den Diebstahl nannte er ein gutes Recht dessen, der sich auf andere Art nicht ernähren könne. Wohl betonte er scharf, daß die Revolution nur „von den unteren Gesellschaftsklassen, von den Arbeitern, Handwerkern, Kleinhändlern, Bauern“ gemacht worden sei, „von jenen NichtBesitzenden, die die Reichen die Kanaille heißen, und die eine römische Unverschämtheit als „Proletariat“ bezeichnete“, und zwar ohne daß sie für den Bastillensturm Dank geerntet, geschweige ihre Lage verbessert hätten. Aber wenn er in solchen Zusammenhängen von Massen sprach, stellte er nirgends die Eigentümer der Produktionsmittel den Verklüffern der Arbeitskraft gegenüber, sondern in recht verschwommener Weise waren für ihn die Reichen eine Klasse und die Armen eine andere. Auch was er zur Beseitigung des Massenelends vorschlug streifte nicht einmal die später von Karl Marx ausgegebene Lösung „Expropriation der Expropriateure“. Daß die Gesellschaft dem Bedürftigen, wenn er sich durch

feine Arbeit nicht selber zu erhalten vermöge, Unterstützung schulde, leuchtete auch ganz zahmen Girondisten ein, für öffentliche Arbeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen erwarteten sich auch andere, und auch die Anregung, den Lebensmittelwucher lediglich durch Bedrohung und Einschüchterung der Händler zu bekämpfen, zeugte nicht von tiefem Einblick in das Wirtschaftsgetriebe. Rohte Marat sich, Zehntausende, Hunderttausende von Köpfen heischend, noch so wird gebärden, so erinnert doch gerade seine Stellung zur sozialen Problematik an das Wort von Zureds, daß der „Volksfreund“ ein heftiges Temperament in den Dienst einer gemäßigten Politik gestellt habe. Marat ein Sozialist, auch nur ein Vorläufer des Sozialismus? Mit nichten! Ein sozial empfindender, auf soziale Reformen erpicht Revolutionär? Ganz gewiß!

Für das Jahr 1793 ist auch das nicht wenig. Da der Unbeugsame die Sache des Volkes — und das war keine blutleere Abstraktion, sondern ein konkreter Begriff: die breiten Massen, die kleinen Leute, die von der Hand in den Mund lebenden — zu der seinen machte, schuldet auch die Arbeiterklasse von heute dem berechneten Anwalt „der fünfzehn Millionen, die in Frankreich vor Elend verschmachteten und drauf und dran sind, Hungers zu sterben“, ein ehrendes Gedenken. Sein Standbild, das ihn zeigt, wie ihn Guiraut in seinem Nachruf schilderte: auf der Erde sitzend, ein Taschentuch um den Kopf geknotet, ein Schreibzeug zur Hand und ein paar Blatt Papier auf den Knien, erhebt sich darum mit Recht im volkreichsten und proletarischsten Pariser Bezirk, im Park der Buttes-Chaumont, wo im Mai 1871 die Kommune ihre letzte Patrone verschloß.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 10.—, vierteljährig Kč 48.—, halbjährig Kč 90.—, ganzjährig Kč 182.—. — Inserate werden laut Tarif biligst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Mitteilungen von Manuskripten erfolgen nur bei Einreichung der Retourmarken. — Die Zeitungsdruckerei wurde von der Post- und Telegraphen-Direktion mit Erlaß Nr. 18.800/VII/1930 bewilligt. — Druckerei: „Orbis“ Druck-Verlags- und Zeitungs-A.G., Prag.